

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327
Korrespondenz: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisrückzahlung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 61

Bad Schandau, Donnerstag, den 13. März 1930

74. Jahrgang

Die Entscheidungsschlacht im Reichstag Der „Neue Plan“ angenommen 265 dafür, 192 dagegen

Verabschiedung des Young-Planes.

Deutscher Reichstag.

266 Ja-Stimmen, 193 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Berlin, 12. März.

Und noch einmal Kampf bis aufs Messer — natürlich nur scheinbar —, jedenfalls bis zum letzten Tropfen Energie. Die dritte, die endgültig entscheidende Sitzung über die Young-Pläne beginnt mit einer Rede des Reichskanzlers, der im Namen der Regierung und des deutschen Volkes Annahme fordert. Beifall und Widerspruch branden um ihn. Beim Schluß der Rede überwiegt der Beifall und Zustimmung. Die Regierungsparteien sprechen den Engländern unerbittliche Mißbilligung aus wegen der engstirnigen Auffassung bei der Behandlung des liquidierten deutschen Eigentums. Dann erheben drüben und hinten Verteidiger und Ankläger immer wieder ihre Stimme.

Die Oppositionen anhängen beantragen eine Mißtrauensbewegung gegen den Reichskanzler. Der Nationalsozialist Straßer ruft turbulente Szenen hervor, als er Regierung und Reichstagsmehrheit des Verrats anklagt. Der thüringische Minister Fried, Vertreter der nationalsozialistischen Idee, stellt für Thüringens Regierung sich in absoluten Widerspruch zur Reichsregierung. „Das ist noch ein Minister!“ schallt es von rechts. Von links wird Fried durch ein Bombardement von „Liebeswürdigkeiten“ überschüttet. Dem Landesminister Fried sagt Reichsratsbevollmächtigter Dr. Brecht, daß die große Mehrheit des Reichsrats gänzlich anderer Meinung sei wie er.

Zu dem Antrag einer zweimonatigen Aussetzung der Verhandlung der zu beschließenden Gesetze ersuchen die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei die Dringlichkeitserklärung für die Young-Gesetze zu beschließen. Bei der Abstimmung gehen die Bayern diesmal mit den Ablehnenden, im Gegensatz zum Vortage, wo sie nur Enthaltung hielten. Infolgedessen wird der grundlegende Artikel 1 der Regierungsvorlage mit einer um etwa zwanzig Stimmen verminderten Mehrheit verabschiedet. Auch die Liquidationsabkommen und der Polenvertrag wurden verabschiedet. Die Erregung hält zwar noch an, wenn wichtige Entscheidungen bei den folgenden Abstimmungen folgen, aber Reichsregierung und Reichstagsmehrheit haben das Schlachtfeld behauptet. Nun ist der Rest — abwarten!

Sitzungsbericht.

(140. Sitzung.)

OB. Berlin, 12. März.

Die dritte Beratung des Young-Planes und der damit verbundenen Gesetze beginnt. Von den Kommunisten ist ein Antrag eingegangen, die Verkündung der Young-Gesetze für zwei Monate auszusetzen.

Reichskanzler Müller:

Die Annahme des Neuen Planes steht heute zur Entscheidung. Bei den langwierigen Verhandlungen um dieses Werk war für Deutschland die Befreiung der Rheinlande sowie die Neuordnung der Reparationsfrage das Ziel. Die Reichsregierung geht heute zum ersten Mal in die dritte Lesung nachdrücklich für eine gleichzeitige Verabschiedung aller dieser Gesetzesvorlagen ein. Sie hat in keinem Stadium der Verhandlungen ein Fehl daraus gemacht, daß der Sachverständigenplan und die zu seiner Intraffsetzung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Überzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückbleiben.

und daß die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt ist. Ausdrucksweise muß für uns aber bleiben, ob das Ergebnis als Ganzes dem deutschen Gemeinwohl förderlich ist oder nicht. Die Reichsregierung erklärt mit voller Überzeugung, daß sie in der Neuordnung einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblickt. Die Regelung der Reparationsfragen, wie sie jetzt vorliegt, befreit die deutsche Wirtschaft von dem lähmenden Zustand der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft.

Trotz der außerordentlich schweren Lasten des Neuen Planes ist die Reichsregierung überzeugt, daß der Versuch der Durchführung nicht zum Nachteil Deutschlands ausfallen wird, aus der bestimmten Erwartung heraus, daß auch die Gläubiger ihre Verpflichtungen nicht minder eifrig durchzuführen werden als Deutschland.

Man hat den Vorwurf erhoben, daß das Saager Abkommen Deutschland Zusatzleistungen auferlege, die der Sachverständigenplan selbst nicht vorsah, nämlich die rund 400 Millionen aus der Überlaufzeit, den Gesamtwert für das

verlorengegangene Staatsvermögen in Polen und die Liquidationsüberschüsse. In allen drei Fällen kommen jedoch Mehrleistungen über die Jahreszahlungen der Sachverständigen hinaus nicht in Frage. Deutschland war infolge der Sachverständigenabkommen jede Möglichkeit genommen, an Polen noch irgendwelche Forderungen zu stellen. Ebenfalls gab uns der Sachverständigenbericht eine ausreichende Grundlage, um die Überweisung der Liquidationsüberschüsse an Deutschland zu verlangen. Die Zahlungen auf die belgischen Markforderungen sind keine Zusatzleistungen. Die Sachverständigen muteten selbst den belgischen Mitgliebern die Unterzeichnung ihres Berichtes nur unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinbarung über die Markforderungen erzielt werde.

Keine Prophezeiungen.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ethischer Überzeugung die Auswirkungen des Young-Planes prophezeien. Wir können nur feststellen, daß Deutschland den Neuen Plan mit der aufrichtigen Bereitschaft, ihn durchzuführen, annimmt, und daß es sein Bestes tun wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Reichsregierung sieht um so mehr für ihre Unterzeichnung ein, als das Vertragswerk selbst die Entwicklungsmöglichkeiten enthält, die im Interesse der Erhaltung des deutschen Wirtschaftslebens eingeschaltet werden mußten.

Alle ausländischen Kontrollen werden wegfallen. Die Finanzpolitik Deutschlands ist in Zukunft frei. Das Gegenstück zu dieser Freiheit ist Selbstverantwortung, auch für die Übertragungen der Reparationszahlungen an das Ausland. Falls dies trotz Deutschlands gutem Willen mißlingt und Gefahren für Währung und Wirtschaft drohen, kann Deutschland das Moratorium erklären oder den beratenden Sonderausschuß einberufen, so daß erneut Sachverständige die Gesamtsituation zu prüfen haben. Die Befreiung der Welt muß nach der Erleichterung des Weltkrieges fortschreiten und wird fortgeschritten. Mit der Verabschiedung der Young-Gesetze wird ein neuer Abschnitt erreicht, der die Grundlage für unsere weitere Wiederaufbauarbeit sein wird.

Alle Mißverständnisse und Zweifel in der Sanktionsfrage sind unbegründet. Durch die Befreiung der Reparationskommission und durch die Einführung der Organe des Neuen Planes ist dem Sanktionsystem des Vertrages von Versailles der Boden entzogen. Das Rheinland ist von der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom Schiedsgericht zu entscheiden. Der äußerste Fall, daß nämlich Deutschland den Plan zerreiße, kann nur von der höchsten internationalen Rechtsinstanz festgestellt werden, und vor einer solchen Feststellung, die wir praktisch als eine Unmöglichkeit betrachten dürfen, können die Gläubiger überhaupt keine Schritte gegen Deutschland tun.

Die Räumungen.

Die Räumung der besetzten Gebiete ist mit der Annahme der vorliegenden Gesetze gesichert. Erhöhenen Sinnes sehen wir dem Tag entgegen, an welchem wir die Befreiung der Rheinlande feierlich begehen und den Rheinländern für ihre Treue und die dem Vaterlande gebrachten Opfer danken können. Bedauerlich bleibt allerdings, daß die Saarverhandlungen noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, daß der Befreiung der Rheinlande und der Pfalz bald die des Saargebietes folgen wird.

Die Rückkehr zu stabilen und stetigen Verhältnissen, die wir bestimmt als Folge der Annahme des Neuen Planes erwarten, macht erst den Weg für eine finanz-, staats- und wirtschaftspolitische Reform frei. Vor allen Dingen ist eine

Sanierung der Finanz- und Kassenlage

des Reiches, der Länder und der Gemeinden die unerläßliche Voraussetzung für eine Rückkehr zu geordneten Finanzverhältnissen. Deshalb hat die Reichsregierung den Haushaltsplan für 1930 mit größter Sparfameit aufgestellt und durch sichere Einnahmen in sich auszugleichen. Als Grundsatz für

(Fortsetzung nächste Seite.)

Wann unterzeichnet Hindenburg?

Berlin. In Regierungskreisen wird damit gerechnet, daß der Reichsrat, der am Donnerstag um 11 Uhr zusammentritt, sich ebenso wie der Reichstag für die Dringlichkeit des Neuen Planes aussprechen wird, und daß das Vertragswerk noch am selben Tage dem Reichspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden würde.

Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinjennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostau, Rorsdorf, Postelwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz
Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele

Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7zeilige 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 35 mm breite Kellamezeile 30 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Das Leben geht weiter.

Ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte hebt an mit dem 12. März 1930, dem Tage, da die Mehrheit des Deutschen Reichstages für den Neuen Plan stimmte. Gegenüber dieser Entscheidung sinkt alles rasch in den Schoß einer nur allzu verdienten Vergessenheit, was an Wirris und Irrgängen, was an tatsächlichen Schwächen oder zwar grundsätzlichen, aber nichtbestimmten weniger auch recht oft erfolgten Stimmungsänderungen die Milder der Verantwortlichen immer wieder von dem ablenkte, worauf es überhaupt ankam: sich für oder gegen den Neuen Plan zu entscheiden.

Wo also noch hinterher politische „Leichenreden“ hatten, die ebenso überflüssig sind wie beim Stat, weil sie an den Dingen doch nichts mehr ändern! Die Debatten über Entstehen und Inhalt des Neuen Planes sind vorbei: jetzt hat dieser Plan, haben seine Bestimmungen das Wort. Er verlangt, den gegebenen Unterstellungen gemäß erfüllt zu werden. Seine Gegner bestritten, daß dies möglich sei; auch der Reichskanzler hat in seiner Rede am Mittwoch gleich zu Beginn ausdrücklich erklärt, daß der Neue Plan nach Ansicht der Regierung — übrigens auch wohl des ganzen deutschen Volkes! — hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückbleibe und daß die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt sei. Aber auch diese Feststellung hat keine Wirkung mehr, weil Deutschland nach Ansicht der jetzigen Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Reichstagsmehrheit zum mindesten versuchen muß, das aus- und durchzuführen, was man am 12. März zu übernehmen beschlossen hat.

Es hat nun auch wenig Zweck, hinterher noch darüber zu debattieren, was alles geschehen wäre, wenn man dies oder jenes anders getan oder es unterlassen hätte. Dem Endresultat jedenfalls gab die Mehrheit der deutschen Volksvertretung ihre Zustimmung. Das Leben geht weiter. Und mit besonders großen und schnellen Schritten das Leben eines Volkes. Wenn man am 12. März einen Augenblick den Fuß hemmt, ein paar kurze Minuten ein wenig auf das große Ganze sah, so eben deshalb, weil die Schicksalsuhr des deutschen Volkes eine neue Stunde anzeigte.

Das Leben geht weiter — und die Aufgaben des Morgen und übermorgen reifen den Blick auf sich, nach vorwärts. Kaum ein Zweifel besteht, daß der Reichspräsident, ebenso wie er über den Neuen Plan von den Reichstagsparteien eine klare Stellungnahme, eine Entscheidung ohne Klauseln und Einschränkungen verlangte, nun auch eine klare, uneingeschränkte, von allen parteipolitischen Opportunitätsgefilten gereinigte Weiterbehandlung und schnelle Lösung der Steuer- und Finanzfragen gefordert hat. Entweder mit oder ohne den Reichstag, dann nämlich durch Erlasse gemäß dem Verfassungsartikel 48. Denn es ist Gefahr im Verzug und unendlich, untragbar für das deutsche Volk als Ganzes, daß diese oder jene Reichstagsfraktion aus Ehen vor der Unpopularität heftiger Steuererhöhung vor diesem Hindernis „zurückhinkt“ wie ein bodiger Gaul. Ein freilich kaum noch zu übertreffendes Armutszeugnis für die Regierungslust und das Verantwortungsbedußtsein der Reichstagsmehrheit aber wäre es, wenn man sich nicht gerade widerwillig hinter den breiten Rücken dieses Artikels 48 vor dem Zwang zu eigener Entscheidung verkrüchten wollte, also sich selbst ausschalten würde. Das wäre in diesem Falle, wo nicht die bitteren, ganz außergewöhnlichen Notwendigkeiten der Stabilisierungszeit vorliegen, sondern seit der ersten Antikindung der Neuordnung der Reichsfinanzen auf den Tag genau schon ein ganzes Vierteljahr ungenutzt verstrichen ist, doch wohl ein Verhaseln des Reichstags, das an Selbstmordversuch grenzt. Ihn würde dann sicherlich niemand daran hindern, sich die Schlinge um den Hals zu legen.

Vorläufig hoffen und verlangen aber die Außenstehenden immer noch, daß man sich in dem großen Haus am Platz der Republik doch umgehend einigt. Einen Augenblick schien es ja so, als ob diese Einigung da war, — aber kurz vor dem Schlupfunkt wurde das Konzept wieder einmal zerrissen. Jetzt ist man dran, ein neues zu verfassen, aber immer wieder wird darin herumgestrichen, korrigiert oder schon beschlossenes von neuem geändert. Die Reichsregierung hält an ihrem Entwurf fest, den sie ja auch dem Reichsrat zur Beschlußfassung vorlegte; die „Reinhardt“ Parteien sind immer noch an der Arbeit, einen anderen Vorschlag zusammenzustellen. Und dabei will man sich auch die Möglichkeit nicht verbauen, auch die jetzt abseits stehende Deutsche Volkspartei doch wiederzugewinnen.

Gerade die Mehrheit des Reichstages, die dem Neuen Plan ihre Zustimmung gab, hofft auf gute wirtschaftspolitische Rückwirkungen dieses Beschlusses. Sie würde

sich selbst diese Hoffnung zerstreuen, wenn sie nicht schnellstens dafür sorgt, daß die Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, man also endlich zu einer Regelung der schon viel zu lange umstrittenen Steuer- und Finanzfragen kommt.

Verstimmung innerhalb der Regierungskoalition.

Berlin. Die Besprechungen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei über das Finanzprogramm werden am Donnerstag nachmittag fortgesetzt. Wie die M. aus Zentrumskreisen erzählt, besteht aber keinerlei Aussicht, daß der Forderung der Bayerischen Volkspartei, wonach sich die Parteien verpflichten sollten, für die Aufrechterhaltung des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes einzutreten, entsprochen werden wird. Bekanntlich hat die preussische Regierung im Reichsrat die Beseitigung des § 35 beantragt, der den steuer schwachen Ländern besondere Reichszuschüsse sichert.

Wie die M. weiter hört, besteht in Kreisen der Bayerischen Volkspartei, an deren Fraktionsführung auch der bayerische Ministerpräsident Held teilgenommen hat, gegen die Haltung der übrigen Koalitionsparteien eine lebhafteste Verstimmung. Es wird darauf hingewiesen, daß die Bayerische Volkspartei in ihrer Mehrheit in vollkommener Konsequenz ihrer bisherigen Einstellung dem Haager Abkommen und dem Polenvertrag ihre Zustimmung versagen mußte, da die Bindungen auf das Finanzprogramm und die Aufrechterhaltung des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes von den übrigen Parteien nicht erlangt werden konnten. Man verweist ferner darauf, daß, nachdem eine Bindung auf das von den vier Regierungsparteien ohne die Deutsche Volkspartei ursprünglich vereinbarte Finanzprogramm nicht zustande gekommen sei, sich damit selbstverständlich eine vollkommen neue Lage ergeben mußte.

An den für Donnerstag vorgesehenen Besprechungen der Regierungsparteien nimmt die Deutsche Volkspartei im Verfolg ihrer bisherigen Haltung nicht teil.

(Fortsetzung von Seite 1)

den außerordentlichen Haushalt hat die Regierung festgestellt: 1. Neue außerordentliche Ausgaben dürfen künftig nur in den Haushalt eingestellt werden, wenn die Deckung feststeht. 2. Vorläufig darf ein neuer Anleihebedarf erst dann wieder in den Haushalt eingestellt werden, wenn der alte endgültig abgedeckt ist. 3. Alle Verpflichtungen dürfen nur im Rahmen der vom Reichsfinanzminister bereitgestellten Mittel eingegangen werden.

Die Arbeitslosigkeit wird sich, wenn es nach der Annahme des neuen Planes gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht so ungünstig auswirken wie zurzeit. Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck bemüht sein, die deutsche Sozialpolitik in den bewährten Bahnen fortzuführen. Neue rasch wirkende Maßnahmen gegen die Not sind in Vorbereitung. Wir müssen die Notagen vorräte aus zwei guten Entsehlagen im Lande verdrängen und dadurch die Einfuhr ausländischer Weizen einschränken. Dazu bedarf es der Mitarbeit der gesamten Bevölkerung, an die ich hiermit appelliere.

Eine Gefährdung der deutschen Währung ist ausgeschlossen. Die Furcht vor

politischen Unruhen

fördert die Kapitalflucht. Ganz zu Unrecht. Denn die Regierung ist stark genug, Aufschläge von links und rechts rücksichtslos im Keime zu unterdrücken. Die Deutsche Republik steht heute unerschütterlich da. Die Reichsregierung fordert zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes die Mitarbeit des Deutschen Reichstags, die ihr nicht versagt werden darf, wenn das deutsche Volk nicht schweren Schaden leiden soll.

Bedauerliche Haltung Englands.

Abg. Dauch (D. Vp.) gibt für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu den Liquidationsabkommen mit England, Australien und Neuseeland eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Abkommen nur zustimmen, weil sonst England den neuen Plan vielleicht nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die Beschränkung der Freigabe des liquidierten Eigentums und namentlich die Haltung Englands bedauert, aber die Hoffnung ausgesprochen, daß sich auch bei der englischen Regierung noch eine andere Auffassung durchsetzen werde.

Der deutschnationale Redner.

Abg. Wallraf (Dn.) verweist auf die Erklärung in der Reichstagsrede, daß die Regierung mit allen Mitteln auszurüsten sei, um Unruhestörungen von rechts oder links zu begegnen. Das könne doch nur bedeuten, daß die Regierung den Entwurf des neuen Republikverfassungsgesetzes zurückziehen wolle. (Heiterkeit rechts.) Während hier über den Young-Plan geredet wurde, spielte sich hinter verschlossenen Türen das Sechstagerennen oder Dreiwochenrennen um die Finanzreform ab.

Wir deutschnationalen erstreben mit Frankreich ein Verhältnis des Vertrauens und der Verständigung. Ein solches Verhältnis kann aber nicht bestehen, solange Deutschland ausschließlich der Ambos, Frankreich ausschließlich der Hammer ist. Wir begrüßen mit großer Freude die Befreiung des Rheinlandes, aber wir vergessen nicht die immer wiederholte Erklärung der treuen rheinischen Bevölkerung, daß die Befreiung nicht erkauft werden soll durch neue Ketten und neue Lasten. Wir vergessen auch nicht, daß die

Befreiung des Saargebiets

mit seiner treuenden Bevölkerung noch nicht erreicht ist. Wir denken auch an unsere deutschen Landsleute in Eupen-Walrom, die durch die Fäulnis einer Volksabstimmung zu Belgien geschlagen worden sind.

Noch trauriger, ja geradezu erschütternd wirkt ein Blick auf die Karte der Ostpreußen. Ganz unerhörte Opfer werden im Young-Plan von uns verlangt. Der Reichstagsrat hat den Ausdruck seiner Entschlossenheit nicht unterdrückt. Wir hätten es lieber gesehen, wenn er solche Worte in Paris oder Warschau gesprochen hätte. Das Verhalten unserer Vertragsgegner erinnert uns an den Wucherparagraphen des deutschen Strafgesetzbuchs.

Danach treibt Wucher, wer sich einen einseitigen Vorteil durch die Ausbeutung der Unfähigkeit, des Leichtsinns oder der Notlage eines anderen verschafft.

Wir möchten der Regierung raten, lebenswichtige Verträge nicht in Zeitläufen abzuschließen, in denen ihr das Messer an der Kehle sitzt.

Wenn der Young-Plan vom Reichstag angenommen wird, so beantragen wir die Aussetzung seiner Verkündung. Wir wollen dem Reichspräsidenten in aller Ehrerbietung Gelegenheit geben, nochmals zu prüfen, ob er unter dieses Dokument seinen weltgeschichtlichen Namen setzen will.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.): Entscheidend für unsere Haltung zum Young-Plan sind wirtschaftliche Überlegungen. Diese Überlegungen nötigen zu der Anerkennung, daß mit dem neuen Plan ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Verhältnis erreicht wird. Der Young-Plan ist kein Vertrag zwischen gleichen Gegnern, er ist und bleibt ein Diktat und nur diesem Diktat folgen wir uns. (Beifall.) — Abg. Brüning verliest nun

zwei Anträge der Regierungsparteien. Der erste Antrag billigt die Erklärungen des Reichskanzlers und wiederholt die einzelnen Feststellungen des Kanzlers über

die Verpflichtungen der beteiligten Regierungen beim Young-Plan, die Streitfragen der Auslegung und Anwendung des neuen Plans der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen. Zum Schluß wird beantragt, über alle anderen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Der zweite Antrag hat die Form einer Entschließung und weist darauf hin, daß der neue Plan über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus von den politischen Machtverhältnissen beeinflusst worden ist. Der Plan enthält selbst die notwendigen Sicherungen zu seiner Durchführung. Darüber hinaus werde Deutschland nicht darauf verzichten, mit allen friedlichen Mitteln der Außenpolitik der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage entgegenzuwirken. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die deutsche Außenpolitik in diesem Sinne zu führen.

Abg. Brüning fährt dann in seiner Rede fort und betont, man hätte in der Reichstagsrede eine schärfere Formulierung gewünscht dafür, daß die Finanzsanierung in einem Zeitpunkt erfolgen soll, der nur durch wenige Tage von der Verabschiedung des Young-Plans getrennt ist. Falls dies nicht der Fall sein sollte, werde das Zentrum gezwungen sein, die politischen Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen würden gezogen werden bei Verzögerung der Finanzsanierung sowohl als bei Schaffung von neuen Schwierigkeiten. Vor allen Dingen soll der Zustand überwunden werden einer übertriebenen Agitation von rechts, der Zustand des betonten Wirtschaftspessimismus, der die Arbeitslosigkeit unnötig steigert und ungeheurer viele Existenzen des Mittelstandes, Handwerkers und Gewerbes vernichtet. (Große Unruhe rechts.) Es handelt sich nicht mehr um einen Kampf im Parlament, sondern es geht um das Bestehen des Parlaments selbst. Unser Kampf ging von Anfang an um die Erhaltung und Vertiefung des demokratischen Systems. Wenn die Uneinigkeit der Parteien über Kapitalien auch weiterhin die Entschlußkraft des Parlaments lähmt, dann werden die Zweifel an diesem System sich immer weiter im Volk verbreiten. Wir erwarten, daß mit der Entscheidung für den Young-Plan die innere Zersplitterung aufhört, damit vertrauensvoll für die Zukunft unseres Volkes gearbeitet werden kann.

Die Oppositionsparteien haben nun ebenfalls wie die Kommunisten beantragt, die

Verkündung der Young-Gesetze auszusetzen.

Die Kommunisten haben ferner einen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler eingebracht.

Abg. Florin (Komm.) erklärt, das internationale Proletariat werde den Young-Plan zerreißten. Am 1. Mai würden die Kommunisten trotz aller Drohungen einen Großstreik durchzuführen.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) verliest eine Erklärung, in der gesagt wird, die Wirtschaftspartei stehe grundsätzlich auf dem Boden der Verständigungspolitik, aber sie kann nach gewissenhafter Prüfung der wirtschaftlichen Wirkung des Young-Plans nicht zustimmen.

Abg. Dr. Jasp (D. Vp.): Der Redner spricht Genugtuung aus, daß nicht nur hinsichtlich der Klassenfinanzierung, sondern der absoluten Notwendigkeit einer prinzipiellen Steuer- und Wirtschaftsreform das Zentrum sich endlich an die Seite der Volkspartei gestellt habe.

Abg. Stämpfer (Soz.): Wir wissen genau, daß der Young-Plan uns schwere Lasten auferlegt, aber wir wissen auch, daß er Erleichterungen bringt gegenüber dem Dawes-Plan, dem jederzeit der deutschpolitische Abgeordnete Wallraf mit seinen Freunden zugestimmt hat. Für den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag tritt die Sozialdemokratie ein, weil sie nicht 22 000 Deutsche in Polen preisgeben will.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.): Die Demokraten werden geschlossen für die Young-Gesetze stimmen. Sie hoffen aber auch, daß nach Verabschiedung des Young-Planes eine breite Mehrheit unter Zurückdrängung politischer Sonderinteressen für die Finanzsanierung eintreten wird.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Christlichnational) spricht gegen den Young-Plan. Das deutsche Volk wird sich einst auf sich selbst bestimmen und nicht nur die äußeren Ketten, sondern auch die Ketten zerschneiden, die es sich selbst an die Hand geschnitten hat.

Abg. Straffer (Nat.-Soz.) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt, daß wieder einmal in einer geschichtlichen Entscheidung das deutsche Volk eine erbärmliche und nichtswürdige Vertretung gefunden habe. Als der Redner die Regierung und die Reichstagsmehrheit des Volksbetrugs anklagt, erhebt sich

stürmischer Protest im Hause

Präsident Löbe ruft den Abg. Straffer zur Ordnung. Vor dem Staatsgerichtshof des kommenden Reiches, fährt der Abgeordnete fort, wird man die Köpfe derjenigen fordern, die diese Gesetze unterzeichnen. (Großer Lärm.) Zum Schluß fordert der Redner Reichstagsauflösung und vom Reichspräsidenten, daß er die Young-Gesetze nicht unterzeichnen möchte.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.): Der Young-Plan wird katastrophale Entwicklungen zur Folge haben. Die künftige Jugend, die wir erziehen wollen, wird von der brüchigen Massendemokratie unterschiedene Wechsel nicht honorieren. Aus dem Young-Deutschland wird

ein Jung-Deutschland werden,

für das die Abstimmungen dieser Reichstagsmehrheit keine Geltung besitzen.

Abg. Stöder (Komm.) lehnt den Young-Plan ab. Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) der in Thüringen Innenminister ist, erklärt, daß die Regierung des Landes Thüringen in schroffem Gegensatz zur Reichsregierung stehe. Sie sieht den Young-Plan und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen als das größte nationale Unglück an. Die thüringische Regierung will den Mittelpunkt bilden für einen fanatischen Widerstand des deutschen Volkes und die Bekämpfung seines Freiheitswillens. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten und Aufse: Endlich ein deutscher Minister!)

Preussischer Reichsratsbevollmächtigter Dr. Bredt führt aus: Die große Mehrheit des Reichsrats ist anderer Meinung als der Minister Frid. Er bittet, den Gesetzesvorlagen zuzustimmen.

Abg. Kling (Wdr. Vbd.) und Frölich (Komm. Opp.) lehnen den Young-Plan ab.

Präsident Löbe teilt nunmehr mit, daß mit Rücksicht auf die Anträge der Opposition zur Aussetzung der Verkündung des Gesetzes um zwei Monate die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei die Dringlichkeitserklärung der Vorlage beantragt haben.

Unter großer Spannung beginnt sodann

die Abstimmung.

Der Artikel 1 wird mit 266 gegen 193 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmt die ganze Opposition, mit ihr auch die meisten Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, die sich in der zweiten Lesung der Abstimmung enthalten hatten. Der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Leich, enthält sich der Abstimmung, ebenso die Abgeordneten Emminger und Pflieger.

Die übrigen Artikel der Vorlage gelangen in einfacher Abstimmung zur Annahme. Es folgt

die Schlussabstimmung über den Young-Plan

mit den Nebenabkommen. Die Schlussabstimmung ergibt die Annahme des Young-Planes mit 265 gegen 192 Stimmen bei drei Enthaltungen.

Die deutschnationalen Entschlüsse, die sich mit der Revision des Young-Planes, der Sanktionsfrage und dem Aufdruck der Tributbelastungen auf Fahrkarten und Steuermarken beschäftigen, werden abgelehnt. Angenommen wird die Entschlüsselung der Regierungsparteien über die Richtlinien der künftigen deutschen Außenpolitik.

Das Reichsbudgetgesetz wird in der Schlussabstimmung mit 299 gegen 156 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. In namentlicher Abstimmung wird das Bankgesetz mit 307 gegen 150 Stimmen bei drei Enthaltungen

Für eilige Leser.

* Wie verlautet, hat die Thüringer Regierung am Mittwoch nach Annahme des neuen Planes an den Reichspräsidenten v. Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in dem der Reichspräsident gebeten wird, den neuen Plan nicht zu unterzeichnen.

* Der deutsche und preussische Städtetag tritt am 13., 14. und 15. März in Nürnberg zu verschiedenen Tagungen zusammen.

* Der Preussische Landtag lehnte am Mittwoch den deutschnationalen Antrag ab, der die Aufhebung des Verbots des Stahlhelms für Rheinland und Westfalen forderte.

* Auf die dringlichen Vorstellungen der Vertreter der Auslandspresse hin wurde am Mittwoch in Spanien die Zensur für die ausländischen Berichterstatter aufgehoben.

angenommen. Zugestimmt wird auch der Entschlüsselung der Regierungsparteien, wonach die anfallenden Gelder wieder längere Zeit dem Geldebedarf der Gebiete zur Verfügung stehen sollen, aus denen die Gelder stammen. Eine sozialdemokratische Entschlüsselung wird angenommen, welche die Vorlegung einer Zusammenstellung über sämtliche Bezüge der Direktorenmitglieder und hohen Beamten der Reichsbank und der Reichsbahn fordert. Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen wird in einfacher Abstimmung genehmigt.

Bei den Liquidationsverträgen wird zunächst über das Polenabkommen abgestimmt. Das Polenabkommen wird mit 235 gegen 216 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. (Lebhafte Pfuirufe von rechts.)

Sämtliche Liquidationsverträge werden in der Schlussabstimmung mit 256 gegen 194 bei acht Enthaltungen angenommen. Die Ausschussentschließung zugunsten der Liquidations- und Gewaltgeschädigten wie der aus Polen Verdrängten werden genehmigt, ebenso die Entschlüsselung der Regierungsparteien, die die Erwartung ausspricht, daß die Reichsregierung alle völkerrechtlichen Mittel zur Anwendung bringt, um den Minderheiten Recht und Freiheit zu sichern. Es wird nun abgestimmt über den Antrag aller Oppositionsparteien, die

Verkündung der Young-Gesetze um zwei Monate aus-

zusetzen.

Zur Annahme eines solchen Antrages genügt die Zustimmung eines Drittels der Abgeordneten.

Für die Aussetzung der Verkündung stimmen 173, dagegen 289 Abgeordnete: das erforderliche Drittel ist also erreicht und der Antrag angenommen. (Beifall rechts.)

Über den Antrag der Regierungsparteien, die

Young-Gesetze als dringlich

zu erklären, wird in namentlicher Abstimmung entschieden.

Zur Annahme genügt die einfache Mehrheit.

Mit 283 gegen 174 Stimmen bei vier Enthaltungen wird der Dringlichkeitsantrag genehmigt. Durch diesen Beschluß wird, falls auch der Reichsrat die Dringlichkeit anerkennt, erreicht, daß der Reichspräsident die Young-Gesetze ungeachtet des vorhergegangenen Ausschussesbeschlusses verkünden kann.

Bei der Abstimmung gegen den

kommunistischen Mißtrauensantrag gegen

den Reichskanzler,

dem sich die gesamte Opposition angeschlossen hat, enthalten sich 13 Abgeordnete, wahrscheinlich von der Bayerischen Volkspartei, der Stimme. 169 Stimmen werden für den Mißtrauensantrag, 227 dagegen abgegeben. Der Mißtrauensantrag ist somit abgelehnt.

Darauf wird der Antrag der Regierungsparteien, der die Erklärungen des Reichskanzlers billigt, mit 248 gegen 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen.

Damit ist die dritte Lesung der Young-Gesetze und der damit verbundenen weiteren Gesetze und Abkommen erledigt.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag

Das Nein der Bayerischen Volkspartei.

Die Bayerische Volkspartei korrespondenz begründet das Nein, daß die Fraktion bei der Reichstagsabstimmung ausgesprochen habe. Die Bayerische Volkspartei habe getreulich die Politik des Zentrums unterstützt und es sei bedauerlich, daß im Endstadium die Haltung der beiden Schwesterparteien nicht mehr übereinstimme. Es werde viel dazu gehören, um den Tag vorzubereiten, an dem sich die Mächte über einen besseren, brauchbareren Reparationsplan unterhalten müßten.

Bressestimmen

Berlin. Die Berliner Blätter nehmen zur Annahme des Young-Plans ausföhrlich Stellung, wobei die Frage nach den Folgen teilweise eingehend erörtert wird.

Die „D. V. Z.“ sagt, auf das endgültige Ja zum Tributpakt gebe es nur eine Frage: Wann wird dieser unerfüllbare Plan fallen?

Die „Börsezeitung“ weist darauf hin, daß die Mehrheiten, die sich bei den Abstimmungen der beiden letzten Tage herausgestellt haben, nicht überwältigend seien. Auch im Ausland sehe man, wie stark der Widerstand gegen den Youngplan in Deutschland sei. Besonders deutlich sei die Sprache der Zahlen bei der Abstimmung über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Hier sei die Mehrheit so schwach, daß der Reichspräsident Unlath hätte, die Unterzeichnung des Abkommens zu verweigern.

Der „Lokalanzeiger“ weist darauf hin, daß die Mehrheit, die sich für den neuen Plan zusammengefunden habe, 54 Proz. der Abgeordneten betrage. Das vom Reichspräsidenten als wesentlich für seine Entscheidung bezeichnete Erfordernis, daß eine „nicht geringe Mehrheit“ die fraglichen Gesetze annehmen müsse, ist also nicht erfüllt worden.

Die „Germania“ beschäftigt sich mit den nächsten Aufgaben, die der Annahme des Planes folgen müßten, und weist darauf hin, daß die dringlichsten Aufgaben darin beständen, das Reich in einen Dauerzustand gesunder und starker Staatspolitik, sparsamster Finanzpolitik und schöpferischer Wirtschaftspolitik zu überführen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ betont, daß die Bedingung des Reichspräsidenten eine starke Mehrheit für alle Gesetze beim Polenvertrag nun endgültig nicht erfüllt sei. Das Blatt ist überzeugt, daß kaum ein Zehntel der Tagesblätter im Reichstag die verabschiedeten Gesetze bis ins einzelne kennen oder sich die Mühe genommen habe, die Folgen einer Annahme bis ins letzte durchzudenken.

In der „Deutschen Zeitung“ schreibt Oberfinanzrat Dr. Bang: Wir stehen am Schlußpunkt einer Politik fortlaufender Selbsterniedrigung und Selbstpreisgabe.

Der „Börsekurier“ sagt, die Abstimmung möge dem Ausland beweisen, welche schweren Bedenken die deutsche Volkswirtschaft habe überwinden müssen, um einer Belastung zuzustimmen, die die Sachverständigen, und nicht nur die deutschen, kaum für tragbar hielten, und die nur im Vergleich zur Dawesbelastung als das kleinere Übel erscheine.

Aus Stadt und Land.

Merktblatt für den 14. März.
Sonnenaufgang 6¹⁰ Mondaufgang 17¹⁰
Sonnenuntergang 18⁰⁰ Monduntergang 6³⁰
1801: Der Komponist Joh. Strauß geb.

Der 16. März kein amtlicher Trauertag.

Die Frage der amtlichen Anerkennung des Sonntags Re-
miniszere als Volkstrauertag gibt dem „Sächsischen Zei-
tungsblatt“ Anlaß zu folgender Stellungnahme:

Noch immer herrscht in beteiligten Kreisen Unklarheit
darüber, ob der 16. März auch für Sachsen amtlich als
Volkstrauertag gilt, an dem Tanz und ähnliche Vergnügen
unterjagt wären. Tatsächlich ist dies, wie uns von zu-
ständiger Seite mitgeteilt wird, nicht der Fall.

Die sächsische Regierung hat sich bisher immer so wie
alle früheren Regierungen gegen einen Volkstrauertag im
März ausgesprochen, und zwar mit dem berechtigten Hin-
weis darauf, daß ja die Zahl der Landesfeiertage nicht ohne
zwingenden Grund vermehrt werden solle, solange nicht
durch Reichsverfügung ein Sonntag als Volkstrauertag be-
stimmt worden sei. Für Sachsen ergaben sich auch aus
einem anderen sehr wesentlichen Grunde Schwierigkeiten:
jaß jedes Jahr wäre bisher der von bestimmter Seite pro-
pagierte Volkstrauertag mit dem Hauptsonntag der
Leipziger Frühjahrsmesse zusammengefallen. Ein solcher
Trauertag hätte aber natürlich an Wirkung und innerem
Gehalt durch die Nachbarhaft der geräuschvollen
Messe eingebüßt. Dieses Jahr fiel der Volkstrauertag,
wenn er am 16. März begangen werden sollte, zusammen
mit folgenden Ereignissen: für den 16. März hat
die Sozialdemokratie aufgerufen zu großen Kundgebungen
anlässlich des zum 10. Male wiederkehrenden Tages, da der
Kapp-Putsch durch den „gewaltigsten, umfassendsten politi-
schen Massenstreik“ zusammenbrach.

Es wäre keine unserer gefallenen Brüder würdige Feier,
wenn immer wieder der geplante Volkstrauertag mit ande-
ren Ereignissen kollidierte. Aus diesem Grunde und aus
dem von der sächsischen Regierung stets vertretenen hat auch
Preußen bisher auf eine amtliche Sanktionierung des
Volkstrauertages verzichtet. Aber auch historische Erwägun-
gen spielen eine Rolle. Der Totensonntag wird seit dem
Ende der Befreiungskriege gefeiert; er hat sich seit jener
Zeit fest eingebürgert als der den Toten gewidmete Tag und
im deutschen Volke tiefe Wurzeln geschlagen. Preußen und
Sachsen haben also seit mehr als hundert Jahren einen
wirklich begründeten „Volkstrauertag“, der sich mit den
Jahren in sämtlichen deutschen Bundesstaaten bis auf
Bayern eingebürgert hat. Und das katholische Bayern ge-
denkt ebenfalls seit langer Zeit seiner Toten am Aller-
heiligenfest, also auch an einem Tage, der ganz in der Nähe
des Totensonntages liegt!

Solange das Reich nicht die Frage eines Volkstraue-
rages allgemein gültig entscheidet, besteht kein Anlaß, neben
den Totensonntag noch einen Volkstrauertag zu stellen. So-
viel jetzt feststeht, hat aber die Reichsregierung vorläufig
nicht die Absicht, einen Volkstrauertag zu bestimmen. Die
Regierungen Sachsens und Preußens tragen sich mit dem
Gedanken, den Totensonntag zugleich als den amtlich ge-
billigten Volkstrauertag anzuerkennen, an dem die Be-
hörden sich beteiligen würden.

— Das sparsame Finanzministerium. Die Dresdner
Stadtverordneten hatten den Beschluß gefaßt, die Blasewitz-
Vogelwälder Schloßbrücke zu verbreitern und die
sächsische Regierung ersucht, diese Arbeiten sofort als Not-
standsarbeiten in Angriff zu nehmen. Das Finanzministe-
rium aber hat dem Rat zu Dresden mitgeteilt, daß es zur-
zeit nicht beabsichtigt, diesem Umbauplan näherzutreten. Bei
der vorherrschenden Finanzlage und der vorsichtigen Etat-
aufstellung wird wahrscheinlich auch an manche andere Stelle
ein gleich ablehnender Bescheid gegeben werden müssen.

— Regelung der gesamten Eisenbahn-Grenzverhältnisse
zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. In Er-
gänzung der Mitteilungen über den deutsch-tschechoslowa-
kischen Vertragentwurf über Abtretung der Linie Zittau—
Reichenberg wird mitgeteilt, daß es sich bei dem Vertrags-
werk keineswegs nur um diese Linie handelt. Vielmehr
regelt der Vertragentwurf die gesamten Eisenbahn-Grenz-
verhältnisse zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei.
Es handelt sich hierbei um nicht weniger als 33 Grenz-
übergänge. Die Verhandlungen, die wiederholt ins Stocken
geraten waren, sind bereits Ende 1920 abgeschlossen wor-
den. Die Vereinbarungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit
aber noch der Zustimmung der beiderseitigen Regierungen.

— Branntweinverbot an zwei Wochentagen. Im Volks-
wirtschaftlichen Ausschuss wurde in zweiter Lesung § 15
des Gaststättengesetzes angenommen, der die oberste Lan-
desbehörde ermächtigt, den Ausschank von Branntwein und
den Kleinhandel mit Branntwein für bestimmte Morgen-
stunden sowie an höchstens zwei Tagen der Woche,
insbesondere an Lohn- und Gehaltszahlungstagen und an
Wahltagen, ganz oder teilweise zu verbieten und zu be-
schränken.

Polenz. Am Sonntag wurden am Polenzer Ritter-
gutsteich von dem Rattenfänger P. J. zwei Bismar-
katten gefangen.

Königstein. Personalien. Der seit 9 Jahren mit
Treue und Gewissenhaftigkeit amtierende Posthalter Erich
Lehmann aus Königstein ist ab 1. März zum Postboten
ernannt worden. Er arbeitet seit mehreren Jahren in der
Postagentur Gohrich.

Löbau. Vom Dache abgestürzt. In Aus-
übung seines Berufs ist in Lössau der Schornsteinfeger
Nichter vom Dache gestürzt und hat sich dabei so schwere
Verletzungen zugezogen, daß er ins Löbauer Krankenhaus
übergeführt werden mußte. Für den Verunglückten besteht
Lebensgefahr.

Löbau. Selbstmord aus Geschäftsorgen.
Freiwillig aus dem Leben geschieden ist ein hiesiger Textil-
warenhändler. Der Grund zu dieser Verzweiflungstat ist
allen Anschein nach in finanziellen Schwierigkeiten seines
Geschäftes zu suchen. Der Tote hat im Bettkriege seine
beiden Söhne verloren.

Zittau. Freitag in der Badewanne. In
einer Badewanne des hiesigen Stadtbades hat sich der
71jährige Rentner Paul Sieber aus Görlitz erschossen.
Sieber gibt in einem hinterlassenen Schreiben an, daß
ihn Altersbeschwerden in den Tod getrieben haben. Er
hinterließ außerdem einen Geldbetrag für seine Ver-
erdigung.

Meerane. Jeder fünfte Meeraner arbeitet
Lo 8. Nachdem unlängst erst einer der größten Meeraner
Textilbetriebe, die Vornemann N. G., ihren Betrieb voll-
kommen eingestellt hat, hat in den letzten Wochen nun auch
die Baumwollspinnerei „Saronia“ Meerane ihre Betriebs-
schaft vermindert. Jetzt erfolgen die letzten Entlassungen
und nur noch einige Werkmeister und Kriegsbeschädigte
haben Beschäftigung. Nach den Entlassungen der letzten
Zeit fallen nun wiederum gegen 200 Arbeiter der Er-
werbslosenfürsorge zur Last. Da die Zahl der Erwerbs-
losen allmählich die 2000-Grenze in Meerane erreicht, ist
jetzt fast jeder fünfte Meeraner erwerbslos.

Kommunistenverhaftungen in Dresden.

Eine neue kommunistische Geheimverbindung aufgehoben.

Dresden. Der politischen Abteilung des Polizeiprä-
sidiums war bekannt geworden, daß unter dem Namen
„Antifa“ (Antifaschistische Arbeiterwehr) eine joga-
nannte Kote Loge gegründet wurde. Die Aufgabe der
Mitglieder dieser Kote Loge, die zum erstenmal bei den
Vorkommnissen am 6. März aufgetreten ist und auch am
Donnerstag anlässlich des kommunistischen Hungermarsches
nach Dresden wieder in Tätigkeit treten sollte, besteht vor
allen Dingen darin, bei Unruhen usw. sogenannte Koll-
kommandos zu bilden. Am Mittwochabend haben einige
Beamte der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums
Dresden diesen kommunistischen Geheimbund bei einer Be-
sprechung der Pläne für Donnerstag überrascht und aus-
gehoben. 33 Teilnehmer an der Versammlung sind ver-
haftet worden.

Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt hierzu wei-
ter mit:

Das Abzeichen der Mitglieder der Kote Loge ist
eine rote Armbinde, auf die mit gelber Farbe ein gebro-
chener Blyh aufgemalt ist, wie er sich u. a. an Hochspan-
nungsleitungen als Warnungszeichen befindet. Außerdem
trägt diese Armbinde, die bei einer ganzen Anzahl der
Zeitsgenannten vorgefunden worden ist, einen Anilin-
stempel: „Antifaschistischer Schutzbund; Bezirkskartell Dres-
den“. Es wird gebeten, auf Personen, die etwa eine solche
Armbinde tragen, zu achten und von ihrem Auftreten so-
fort dem nächsten Polizeibeamten Mitteilung zu machen.

Protestversammlung des Gastwirtsvereins Bad Schandau u. Umg.

Wie sich überall im Deutschen Reich, in allen Städten,
am Mittwochnachmittag um 3 Uhr alle Ortsgruppen des
Deutschen Gastwirtsverbandes zusammenfanden, so tagten
auch in Bad Schandau die Mitglieder des Gastwirts-
vereins in Gerhards Restaurant, um gegen die
Ueberbesteuerung des Gastwirtsstandes zu protestieren.
Der 2. Vorsitzende Leukroth be-
grüßte die Anwesenden und referierte dann über die An-
gelegenheiten, die den deutschen Gastwirt heute am meisten
interessieren. Er wandte sich gegen die Beschlüsse des Volks-
wirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages. Dieser Reichs-
tagsausschuss bearbeitet das Gaststättengesetz, das derartig
einschneidende Maßnahmen mit sich bringt, die jeder Ge-
werbefreiheit Hohn sprechen, und die nicht mehr in Einklang
zu bringen sind mit der Freiheit eines deutschen Staats-
bürgers nach der angeblich freiesten Verfassung der Welt.
Der Gastwirt wird durch das neue Gaststättengesetz zu einem
Bürger 2. Klasse degradiert. Hinzu kommt noch die geplante
Erhöhung der Biersteuer, die unter Umständen
wieder gestattete Einführung der Gemeindege-
tränkesteuer und die Mineralwassersteuer.
Alle diese geplanten Steuern sind eine große Belastung des
Gastwirtsstandes. Auch die Erhöhung der Tabaksteuer,
des Kaffee- und Teegolfs belasten das Gastwirtsstandes,
das heute schon schwer zu kämpfen habe. Es ist darum nur
verständlich, wenn die Gastwirte gegen die Ueberbesteuerung
und gegen die Beschränkung der Gewerbefreiheit protestie-
ren. Die nachstehende Entscheidung, die an das
Reichsfinanzministerium, Abteilung für Verbrauchssteuern,
an das Reichswirtschaftsministerium, an den Steueraus-
schuss und den Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages
direkt gelangt wird, fand eine einstimmige Annahme:

„Die am Mittwoch den 12. März 1930 versammelten
Gastwirte erheben aus tiefster Not mit allem Nachdruck Pro-
test gegen die drohende steuerliche Belastung lebenswichtiger
Verbrauchsgegenstände. Die bisherigen außerordentlich
hohen Steuern und öffentlichen Abgaben aller Art haben
die wirtschaftliche Lage des gesamten Gast- und Schankwirt-
schaftsgewerbes dermaßen verschlechtert, daß eine weitere
Erhöhung der Biersteuer in Verbindung mit der seit
1. Januar d. J. in Kraft getretenen starken Erhöhung der
Tabaksteuer, der ab 5. März d. J. durchgeführten be-
trächtlichen Erhöhung der Zölle auf Kaffee
und Tee, der geplanten Erhöhung des Benzin-
zolls, der beabsichtigten Einführung einer Mineral-
wassersteuer und ganz besonders in Verbindung mit
der von gewissen Kreisen verlangten Wiedereinfüh-
rung der Gemeindegetränkesteuern zur
wirtschaftlichen und sozialen Verelendung des Gast- und
Schankgewerbes führen muß.“

Die mit der Forderung der Mietsgesetzgebung für gewerb-
liche Räume, mit den Erhöhungen der Löhne und aus son-
stigen Ursachen eingetretene Vermehrung der Gesteuerungs-
kosten hat das Gastwirtsstandes in seinen Verkaufspreisen
bisher nicht abwägen können. Bei einer so weitgehenden
steuerlichen Mehrbelastung jedoch, wie sie seitens des Reichs-
finanzministeriums beabsichtigt ist, wäre das Gewerbe nicht
mehr in der Lage, auch nur einen Bruchteil dieser einseitig
neuen Belastung zu tragen und gezwungen, diese rest-
los dem Verbraucher aufzubürden. Dadurch würde aber der
ohnehin schon auf 50 Prozent der Vorkriegszeit gesunkene
Verkehr in den Gaststätten einen Tiefstand erreichen, bei
dem eine Aufrechterhaltung der Betriebe nicht mehr möglich
sein wird, ganz abgesehen davon, daß der mit Sicherheit ein-
tretende Konsumrückgang das erwartete Steuer- und Zoll-
aufkommen sehr stark beeinträchtigen wird.

Das Gastwirtsstandes beruft sich auf die programma-
tische Erklärung der derzeitigen Reichsregierung vom Juli

Wettervorhersage der Sächsischen Landeswetterwarte für den 14. März.

Fortdauer des unbeständigen Wetters. Wechselnd be-
wölkt mit zeitweiligen Niederschlägen, im Gebirge nach-
schnee, Flachland teils als Schnee, teils als Regen. Nachts
froht. Tagestemperaturen im Flachland über Null, höhere
Lagen der Mittelgebirge unter Null. In Richtung und
Stärke veränderliche Winde.

Letzte Drahtmeldungen.

Der Polenvertrag vom Reichspräsidenten nicht voll unterzeichnet.

Berlin, 13. März. Wie die ZU. erfährt, hat Reichs-
präsident v. Hindenburg das ihm heute vormittag vor-
gelegte Polenabkommen unterzeichnet bis auf Teil 10,
der das Kohlenabkommen behandelt. Die-
ser Teil soll zunächst noch einer parlamentarischen Durch-
prüfung unterzogen werden, jedoch soll es sich nur um for-
male Bedenken handeln. Der Reichspräsident gab ein drei
Seiten umfassendes Memorandum heraus, dessen Veröffent-
lichung bald erfolgt.

Schweres Autounglück bei Chemnitz.

Chemnitz. Am Mittwochnachmittag ereignete sich auf
der Zschopauer Landstraße ein schweres Automobil-
unglück. Ein Auto stieß mit einem Radfahrer zusam-
men und raste dann gegen einen Baum. Der Radfahrer
und die drei Insassen des Autos wurden schwer verletzt ins
Krankenhaus gebracht. Kurz nach der Entlieferung ist der
Radfahrer seinen Verletzungen erlegen. Der Zustand der
übrigen Verletzten ist äußerst bedenklich.

Raubmord an einer Frau.

Paris. In der Stadt Villeneuve sur Yonne
bemerkte der Geschäftsführer einer landwirtschaftlichen Ge-
nossenschaft bei seiner Rückkehr in die Werkanlagen, wie
plötzlich Flammen aus dem Fenster seiner Wohnung schlo-
gen. Er zertrümmerte die Rükentür und entdeckte seine
Frau in einer Blutlache auf dem Boden liegend. Ihre
Kleider waren bereits zum Teil verbrannt. Am Hinter-
kopf stellte der herbeigerufene Arzt eine schwere Wunde fest,
die mit einem schweren Gegenstand beigebracht sein muß.
Der Mörder scheint die Frau von hinten überfallen zu
haben, doch muß ein Kampf stattgefunden haben, da man
in der erstarrten Hand der Frau ein Haarbüschel fand.
Nach der Untat hat der Mörder dann die Wohnung geplün-
dert und einen Geldbetrag von 10 000 Frank an sich ge-
nommen.

1928, in der diese bei Uebernahme ihrer Amtsgeschäfte feier-
lich die Notwendigkeit einer umfassenden Steuerentlastung be-
tont hat, und es erwartet vom Reichstag, daß er einen Bruch
dieses Versprechens nicht zulassen und jede Steuererhöhung
ablehnen wird.

Gleichzeitig erhebt das deutsche Gastwirtsstandes Ein-
spruch gegen die vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss des
Deutschen Reichstages zum Schankstättengesetz ge-
faßten Beschlüsse, in denen zum Teil eine verfassungswid-
rige Verletzung des Eigentums und ein unzulässiger
Eingriff in die durch die Verfassung gewährleistete gewerb-
liche Freiheit erblickt wird.“

Sport.

5. Sächsische-Schweiz-Falkbootregatta auf der Strecke Bad Schandau—Pirna. — Langstrecken-Kreismeisterschaft.

Am 25. Mai 1930 veranstaltet der Pirnaer Ra-
jaklub e. V. seine 5. Sächsische-Schweiz-Falkbootregatta.
Am gleichen Tage wird die Kreismeisterschaft des Ober-
Elbe-Kreises für lange Strecken ausgetragen. Die Fa-
ker starten am Bahnhof Bad Schandau und
beenden das Rennen am Steg des Pirnaer Rajaklubs
der Badeanstalt Pirna-Copik.

Zum ersten Male hat der Ober-Elbe-Kreis im Deut-
schen Kanuverband D.K.V. einen Meisterschaftskampf nach
Pirna verlegt. Eine landschaftlich herrliche Rennstrecke er-
spricht an Start und Ziel allen Erfordernissen. Auf einem
weiten Gelände können sich die Rennmannschaften genügend
bewegen.

Aus der Tschechoslowakei.

Ein 87jähriger begeht Blutschande.

Brünn. Die hiesige Polizei verhaftete den 87jährigen
Franz Rahodil, der viele Jahre ein Verhältnis mit
seiner 29jährigen schwachmünnigen Tochter unterhielt. Vor
kurzem gebar das Mädchen einen Knaben, den Rahodil im
Keller erschlug.

Ein nordböhmischer Turnerveteran gestorben.

In Niederkreibitz verschied im hohen Alter von
85 Jahren der Gründer des dortigen deutschen Turnvereins
„Eiche“, Färbereibesitzer Reinhold Horn. Horn stand
an der Wiege der Turnbewegung in Nordböhmen, der er
ein Menschenalter hindurch mit Leib und Seele ergeben
war.

Aus dem Vereinsleben.

Der Völkische Vorwärts Bad Schandau-Postwitz rer-
anstaltet Sonnabend den 15. März abends 8 Uhr im Kar-
thause sein Stiftungsfest. (Siehe heutige Anzeige.)

Wasserstand vom März

Da- tum	Moldau		Eger		Elbe				
	Bud- weis	Mo- dran	Jung- bun- tau	Laun	Nim- burg	Mel- nit	Leit- meritz	Auf- sig	Dres- den
12.	+80	-46	+5	-24	+4	-46	-43	-16	-169
13.	+74	-37	+2	-28	+10	-38	-39	-9	-166

Anmerkung: + bedeutet über 0, — bedeutet unter 0

Schlachtviehmarkt zu Dresden

vom 13. März

Auftrieb: — Ochsen, — Bullen, — Kühe, 651 Kälber, 1 Schaf,
558 Schweine, zusammen 1210 Schlachttiere.

Ueberfländer: — Rinder, davon — Ochsen, — Bullen, — Kühe
— Schafe, 45 Schweine.

Geschäftsgang: Kälber gut, Schweine schlecht.

Schafe belanglos

Kälber: 1. —, 2. 82—87, 136, 3. 74—80, 129, 4. 65—72, 125,
5 —.

Schweine: 1. 75—76, 94, 2. 73—74, 94, 3. 71—73, 96,
alles andere gestrichen.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere
und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Schweine
und Verkauftspesen, Umfahrgeld sowie den nach-
stehenden Gewichtsverlust ein, ergeben sich also wesentlich über
die Stallpreise. Als Unterschied zwischen Stallpreis und
Marktpreis sind angemessen: bei Rindern 20 %, bei Kälbern
und Schafen 18 % und bei Schweinen 16 %.

Betriebsstilllegungsanzeigen in Sachsen.

Der Maschinenbau an der Spitze.

Die Statistik der beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eingereichten Anzeigen über beabsichtigte Stilllegung von Betrieben verzeichnet für den Februar 335 solcher Anzeigen; die Zahl entspricht also genau der vom Januar (336) und fast genau der vom Februar 1929 (344 Anzeigen). Die Spitze hält auch diesmal der Maschinenbau mit der auffallend hohen Zahl von 64 Anzeigen, ihm folgt erst in weitem Abstande die Zirkerei und Stickerie mit 28 Anzeigen. Mit je 18 Anzeigen sind beteiligt die Herstellung von Eisen- und Stahlwaren und die von anderen Metallwaren, mit 17 Anzeigen ist die Holzindustrie vertreten. 15 Anzeigen entfallen auf die Möbelindustrie, 13 auf die Baumwollindustrie und 10 auf das Veredelungs- und Textilgewerbe. Je 9 Anzeigen entfallen auf die Eisengießerei und den Kessel- und Apparatebau, je 8 der Gewinnung und groben Verarbeitung von natürlichen Gesteinen, der Glasindustrie, der Feinmechanik und optischen Industrie und der Schuhindustrie, je 7 der Grobtextilindustrie, der Textilveredelung und -ausrüstung und der Musikinstrumentenindustrie. 6 Anzeigen hat die elektrotechnische Industrie eingebracht, je 5 Anzeigen weisen auf die Papierherstellung, Papierverarbeitung und die Stellmacherei, je 4 die Waffenerindustrie, die Herstellung von Holzwaren und die Schneiderei. Je 3 Anzeigen gehen aus von der Braunkohlengewinnung, der grobkeramischen Industrie, der chemischen Großindustrie und der Porzellanindustrie. Der Rest entfällt mit je 2 bzw. einer Anzeige auf verschiedene andere Industrien.

Von den im Monat November 1929 eingegangenen 281 Betriebsstilllegungsanzeigen hat die Statistik in acht Fällen keine Anwendung gefunden. Im übrigen sind die angezeigten Maßnahmen voll durchgeführt worden in 60 Fällen, teilweise in 189 Fällen und nicht durchgeführt worden in 24 Fällen. Beschäftigt waren: 52 356 Arbeiter und 9078 Angestellte. Entlassen worden sind: 14 050 Arbeiter und 705 Angestellte.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Am 28. Februar 1930 hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung den hohen Stand von 278 160 erreicht, der den Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres um rund 38 400 oder 16 v. H. übertrifft. Im Vorjahre bedeutete der Stand von 239 747 Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung am 28. Februar den Höchststand. Ob in diesem Jahre auch der 28. Februar den Höchststand bringt, steht noch nicht ganz fest, ist aber zu erhoffen, da nach der Wochenmeldung der Arbeitsämter am 6. März 1930 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 277 606 zurückgegangen ist. Die Zahl der Arbeitsamtsbezirke, in denen der Höchststand der Arbeitslosigkeit überschritten zu sein scheint, hat sich in dem Bezirkezeitraum vom 15. bis 28. Februar von 5 auf 13 vermehrt. In einer großen Anzahl Arbeitsamtsbezirke war also noch eine steigende Bewegung der Arbeitslosigkeit vorhanden und ist auch in der Berichtswoche vom 1. bis 6. März noch bestehen geblieben, vor allem in den großstädtischen Bezirken und in solchen, in denen die Metallindustrie vorherrscht.

Auf dem Arbeitsmarkt sind nur geringe Belebungsanzeigen vorhanden. Wenn auch die Nachfrage in der Landwirtschaft weiterhin stieg, so ist sie im Vergleich zu früheren Jahren wesentlich geringer. Der Steinkohlenbergbau litt noch unter Abzugschwierigkeiten, dagegen sind einige Braunkohlenbergwerke im Bezirk Borna wieder von der Feierschicht zur Vollarbeit übergegangen. Die Industrie der Steine und Erden verzeichnet nach wie vor nur kurzfristige Aufträge und Arbeitsmöglichkeiten, so daß der Arbeitsmarkt ständigen Schwankungen unterworfen ist.

Sehr uneinheitlich blieb die Entwicklung der Textilindustrie. Während Kammgarnspinnereien und Seidenwebereien im allgemeinen noch befriedigend beschäftigt sind, geht der Befähigungsgrad der Tuchindustrie und der Streichgarnspinnereien weiter zurück. Auch die Lage der Strumpfindustrie ist sehr ungünstig.

Selbstmord eines Reichsbahninspektors.

Anregelmäßigkeiten in der Güterklasse.
Der 30 Jahre alte Reichsbahninspektor Behrlich aus Bilkau hat sich in seiner Dienstwohnung erschossen. Er bekleidete im Gemeinderat das Amt des zweiten Stellvertreters des Bürgermeisters. Eine Revision der Güterklasse, die Behrlich zu verwalten hatte, ergab größere Unregelmäßigkeiten.

Raubüberfall auf der Landstraße.

Frankfurt a. M. Auf der Spremlinger Landstraße wurde auf das Lieferauto einer Großmehlgerei ein Raubüberfall ausgeführt. Als sich das Auto in der Höhe von Neu-Isenburg befand, erlitt es plötzlich eine Panne, weil auf der Chaussee Nadeln und Glasscherben gestreut waren. Als der Chauffeur abstieg, wurde er von mehreren Männern überfallen und niedergeschlagen. Dem bewußtlos Daliegenden wurde die Geldtasche geraubt, in der sich 800 Mark in bar sowie ein Überweisungsscheck in Höhe von 500 Mark befanden.

Neue Überschwemmung in Südfrankreich.

Paris. Wie aus Bayonne gemeldet wird, ist der Salersfluß aus seinen Ufern getreten und hat die Stadt Salers-de-Bearn zu drei Vierteln überschwemmt. Das Wasser steht über 1,50 Meter hoch. Die Verbindung zwischen Ober- und Unterstadt ist unterbrochen.

Tagung der sächsischen Hausfrauen.

Der Landesverband Sachsen des Reichsverbandes deutscher Hausfrauenvereine hielt in Glauchau seine Arbeitstagung ab, die von Hausfrauen aus ganz Sachsen besucht war. Die Schriftführerin, Frau Stadtb. Kaffe-Wurzen, erläuterte den Jahresbericht, aus dem die regsame Tätigkeit der einzelnen Hausfrauenvereine hervorging. Einen von den Hausfrauen mit regem Interesse verfolgten Vortrag hielt Frau Dr. jur. Elise Heinze-Blorowitsch-Dresden über das Thema: „Die Aufgaben der Hausfrau als Käuferin“. Der Nachmittag wurde mit zwei weiteren Vorträgen ausgefüllt; Frau Stadtb. Fröhlich-Blauen sprach über „Die Hausfrau im Stadtparlament“, während Stadtbauinspektor Sonntag-Glauchau sich mit dem Thema „Der neuzeitliche Wohnungsbau und die Hausfrau“ befaßte.



Turngemeinde Bad Schandau Bühnen-Werbe-Turnen

Am 6. April 1930

Amstlicher Teil.

Das im Grundbuche für Gohdorf Blatt 4 auf den Namen des Gutsbesizers **Karl Georg Hermann Hillme in Gohdorf** (Sächs. Schweiz) eingetragene Grundstück soll **am Mittwoch, dem 14. Mai 1930, vorm. 1/2 11 Uhr** an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 24 Sektor 2,3 Nr. 23 groß und nach dem Verkehrswert auf 35 000 RM geschätzt. — Die Brandversicherungssumme beträgt 24 000 RM; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72). — Die Grundstücke stehen mit den Gebäuden im wirtschaftlichen Zusammenhange. Das Gehöft liegt rechts in Dorfmitte von Gohdorf. Die Gebäude sind alt, aber in gutem baulichen Zustand, versehen mit harter Dachung. Wohnhaus mit gewölbtem Kuchstall, Futterboden, Keller und Anbau. Scheune mit Balkeneinfahrt und Tennen. Seitengebäude mit Pferdestall und Futterboden. Die Fluren sind Felder, Wiesen, Gärten und Waldbland. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 4).

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 31. Jan. 1930 verlaublichen Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusetzen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Bad Schandau, den 7. März 1930

Das Amtsgericht.

Nichtamtlicher Teil.

Saxonia-Lichtspiele Frau im Mond

Der größte Sensations-Film
Der Flug von der Erde zum Mond
von Fritz Lang — Roman von
Thea von Harbou

Heute bis Sonnabend täglich 8 Uhr,
Sonntag 1/2 9 Uhr / Für Kinder und
Erwachsene Sonnabend 4 und Son-
ntag 5 Uhr / Am pünktlichen Erschei-
nen wird gebeten, da keinerlei Vor-
spiele / Alles numeriert / Vorver-
kauf sichert Platz

Lichtspiele Wendischfähr

Nur Sonntag pünktlich 8 Uhr

Empfehle für morgen Freitag früh:
**Prima Cabliau, Schellfisch,
Fisch-Filet, la Matjes-Heringe,**
sowie

feinste Fettbällinge, ger. Geelachs, ger.
Lachsgeringe

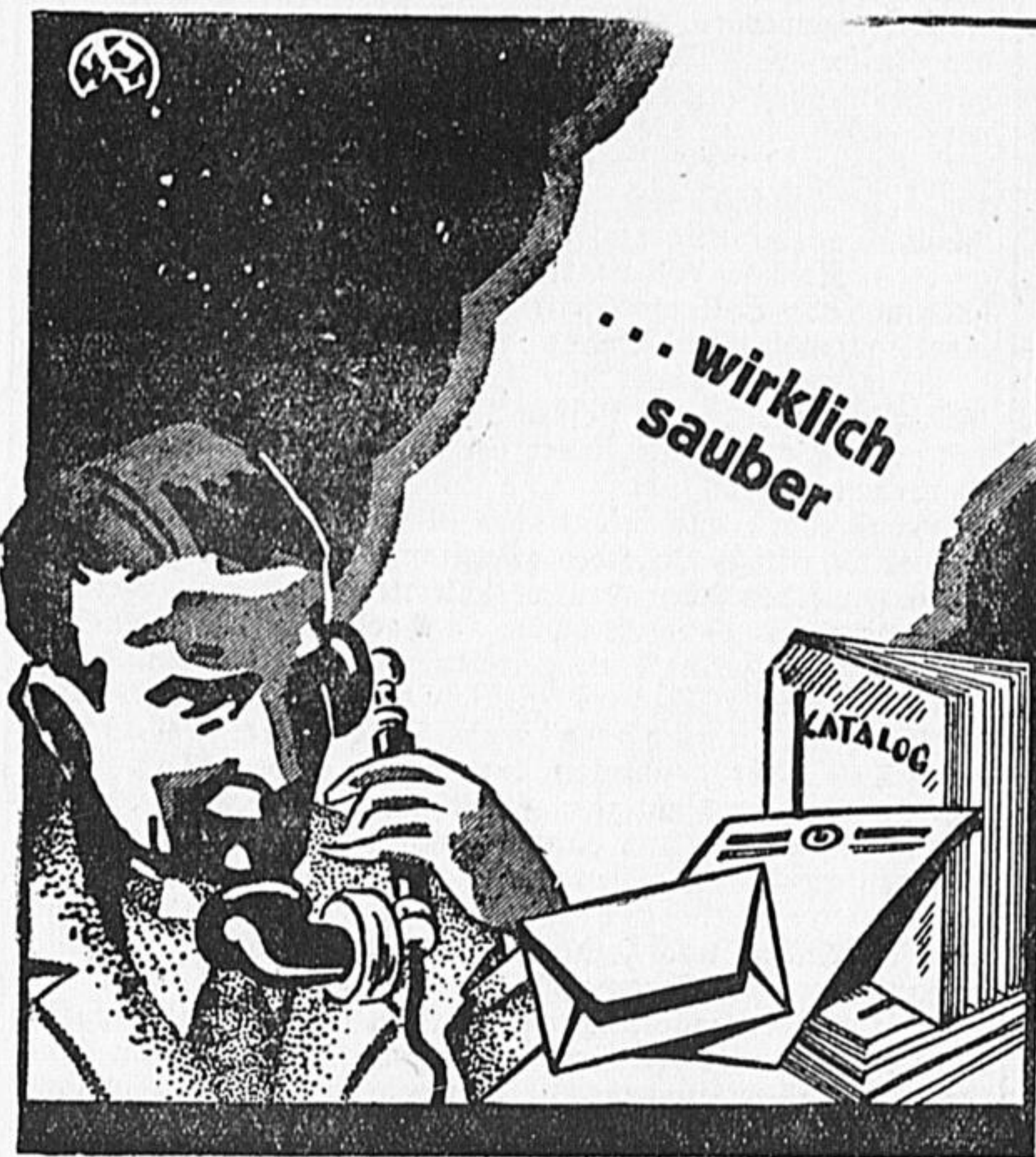
Emil Müller

Eine schöne Gardine am Fenster erfreut Sie stets

beim Betreten des Zimmers

Große Auswahl in allen modernen
Gardinen finden Sie im

Gardinen-Spezial-Geschäft F. Hieke
Rosengasse, Städtischer Neubau



und modern arbeitet die Druckerei der „Sächsischen
Elbzeitung“, die ich Ihnen wärmstens empfehlen kann.
Die Druckerei liefert mir seit Jahren meine gesamten
Drucksachen und statet sie wirkungsvoll aus . . .“

Guthe

für meine
17 Jahre alt, groß, kräftig
2 Jahre Haushaltungsschule
besucht, Stellung. Für
Küche, im Hotel, Pension
oder Herrschaft.
Näheres zu erfahren bei
Herrn Schmiedemeister
Jungnickel, Pirna,
Rottweindorfer Straße

Mädchen

für Landwirtschaft
sucht
Gehilze, Altendorf

Ein Mädchen,

welches das 1. Jahr in die
Fortbildungsschule geht,
als **Aufwartung**
gesucht.

Zu erfragen in der Geschäfts-
stelle der Sächs. Elbzeitung

10 Zentner Heu

zu verkaufen
Altendorf Nr. 35

Flottes Mädchen

17 Jahre alt, sucht zum
1. 4. oder 15. 4. Stellung
in Gastwirtschaft. od. Privat.
Angebote unt. „E. W. 213“
an die Geschäftsstelle der
Sächsischen Elbzeitung.

Auch Ihren Kindern schmeckt

und bekommt der das Wachstum und Wohlbefinden fördernde, von Kinderärzten verordnete

Archo- Schreib- Maschine

in bestem Zustand

zu verkaufen

Besichtigung erbeten
Zustand erteilt die Ge-
schäftsstelle der Sächsischen
Elbzeitung.

Knabe, welcher Lust
hat, Bäcker zu werden,
kann Öftern in die Lehre
treten bei

H. Hesse,
Rathmannsdorf

15-jähriges

Mädchen

sucht für 1. oder 15. April
Stellung in Privat.

Zu erfragen in d. Geschäfts-
stelle der Sächs. Elbzeitung

Süßes Käsezweibrot

1 Paket 20 Pfg. überall frisch aus der Hultsch-Dose erhältlich

Hugenberg erklärt: Ein schwarzer Tag!

Berlin. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, veröffentlicht im Berliner „Volkalanzeiger“ Betrachtungen zu der Annahme des Youngplans im Reichstag. Die Weltgeschichte werde den 12. März 1930 als einen der schmachvollsten Tage im Leben des deutschen Volkes verzeichnen. Zu Recht bestünden zwar alle diese Beschlüsse nicht. Ein mit Mehrheit angenommenes Volksgefeß stehe ihnen entgegen. Außerdem enthielten sie verschiedene Verfassungsänderungen und würden daher zu ihrer Gültigkeit der Zweidrittelmehrheit bedürfen. Aber darüber werde sich die heutige Mehrheit in gewohnter Weise hinwegsetzen. Unter ihr sei Deutschland kein Rechtsstaat mehr. Dr. Hugenberg fährt fort:

„Doch heftet sich eine Hoffnung an die ehrwürdige Gestalt des großen Reichspräsidenten, an den Gedanken, daß ein Mann im richtigen Augenblick Schmach und Unglück von einem Volk wenden kann. Sollte diese Hoffnung fehlschlagen, so ist damit Deutschland von heute auf morgen wieder eine jämliche Stufe tiefer gesunken. Unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß wir Deutschen uns in diesem selbstverschuldeten Unglück aufrecht erhalten und nicht fallen. Nur derjenige ist verloren, der sich selbst aufgibt. Das gilt für das Volk und ebenso für die Wirtschaft, insbesondere auch für ihren meistgefährdeten Teil, die Landwirtschaft, deren Lage typisch und bestimmend ist für alles andere: Das heutige System muß sie zwangsläufig zugrunde richten, wie es vor hundert Jahren das englische System mit der Landwirtschaft des europäischen England vollbracht hat. Nur kann nicht ein solcher Pakt in solcher Lage Rettung bringen.“

Neuer deutschnationaler Antrag im Reichstag.

Berlin. Im Reichstag ist folgender Antrag der deutschnationalen Reichstagsfraktion eingegangen: Die vom Reichstanzler getroffenen und vom Reichstag durch Annahme gebilligten Feststellungen über Voraussetzung und Sinn des neuen Planes sind amtlich den beteiligten Regierungen zur Kenntnis zu bringen mit der Mahnung, daß die Anerkennung der Feststellung der beteiligten Regierungen als Vorbedingung für das Inkrafttreten des Youngplanes zu gelten hat.

Beschlüsse des Rechtsausschusses des Reichstages.

Der Rechtsausschuß des Reichstages genehmigte am Mittwoch die Gesetzentwürfe über die Pflicht zum Antrag auf Eröffnung des Konkurses und gerichtlichen Vergleichsverfahrens, zur Änderung des Scheidungsgesetzes und zur Änderung des Wechselgesetzes.

Die Haager Völkerrechtskonferenz.

Das Völkerrecht soll systematisch zusammengefaßt werden. Die erste internationale Konferenz zur Modifizierung des Völkerrechts tritt am Donnerstag im Haag zusammen. Den Vorsitz führt der ehemalige niederländische Ministerpräsident Geemster.

Außer den Völkerbundmitgliedern sind u. a. eingeladen: die Vereinigten Staaten, Brasilien, Mexiko, die Türkei, Sowjetrußland (das einen Beobachter entsenden wird), Dänzig und der Freie Staat. Die Frage der systematischen Vereinheitlichung des Völkerrechts ist auf Grund eines schwedischen Antrages von der Völkerbundversammlung vor sechs Jahren in Angriff genommen worden. Der Antrag Schwedens ging darauf hinaus, zunächst festzustellen, welche völkerrechtlichen Materien zur Vereinheitlichung durch internationale Abkommen reif seien. Die Versammlung beauftragte daraufhin mit den nötigen Vorarbeiten einen Juristenausschuß, dem als deutscher Vertreter Professor Walter Schücking angehört. Auf Grund dieser Vorarbeiten wählte die Versammlung später drei Fragen aus, die den Gegenstand einer ersten Konferenz für die Völkerrechtskodifikation bilden sollten: Rechtsverhältnisse bezüglich der Territorialgewässer, die Frage der Staatsangehörigkeit und die Verantwortung der Staaten für die auf ihrem Gebiete Ausländern zugefügten Schäden.

Das Martyrium der russischen Geistlichkeit

Paris. Der Reverend S. Walsh, Vizepräsident der Universität Georgetown, ist von einer Rundreise durch Rußland zurückgekehrt und hat, einer französischen Agentenmeldung zufolge, ein furchtbares Bild von den Religionsverfolgungen in Sowjetrußland entworfen. Nach seinen Aussagen wurde der Erzbischof von Perm bei lebendigem Leibe verbrannt, nachdem man ihn den schrecklichsten Folterungen ausgesetzt hatte. Der Bischof von Perm wurde in eine Grube mit ungekühltem Kalk geworfen und kam elendig um. Der Bischof von Jurjew wurde zuerst lange Zeit mit den gemeinsten Verbrechern eingesperrt und dann dem Scharfrichter übergeben, der ihm Nase und Ohren abschchnitt und dann durch Bajonettschüsse tötete. Der Erzbischof von Woronesch wurde vor der Kanzel seiner Kirche aufgehängt. Allein in dieser Diözese wurden über 100 Geistliche getötet. Ein Geistlicher wurde bei grimmigster Kälte seiner Kleider beraubt und dann so lange mit Wasser begossen, bis er im wahren Sinne des Wortes zu einer Eisstatur gefroren war.

Der Mermelfanaltunnel in Sicht.

500 Millionen Mark sollen es kosten. Der Bericht des zur Prüfung der Frage des Tunnelbaues unter dem Armeemeer eingesetzten englischen Ausschusses steht unmittelbar vor der Veröffentlichung. Wie verlautet, hat sich der Ausschuß mit der wirtschaftlichen, technischen und geologischen Seite der Angelegenheit befaßt. Der Ausschuß billigt den Plan und ist der Ansicht, daß der Durchbruch keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege stehen. Zeitungsmeldungen zufolge will man zunächst versuchen, einen Rohntunnel zu bohren. Der Kostenanschlag hierfür beziffert sich auf etwa 100 Millionen Mark. Der Ausschuß schlägt vor, daß der eigentliche Tunnelbau, dessen Kosten auf etwa 500 Millionen Mark geschätzt werden, nicht vom Staate unternommen werden, sondern dem Privatunternehmen überlassen bleiben soll.

Auf den Kampf, den wir gegen den Youngplan geführt haben, können wir mit gutem Gewissen zurückblicken. Wir haben zur Abwendung dieses Unheils das Neueste getan, was in unseren Kräften stand. Wir haben es auch nicht vergeblich getan: Die mit dem Volksbegehren ausgestreute Saat ist aufgegangen. Wer hätte im August vorigen Jahres geglaubt, daß ein starkes Drittel dieses Reichstages die Auslegung der Verklündung der Younggeheße beantragen und damit dem Reichspräsidenten die verfassungsmäßige Handhabe zur Herbeiführung eines neuen, unmittelbar auf Youngplan und Liquidationsabkommen gerichteten Volksentscheides geben würde? Aber noch ganz anders als im jetzigen Reichstage sieht es draußen im Lande aus: Wenn von dort nicht der Druck gekommen wäre, hätten die Parteien der Großen Koalition sich nicht so gewunden und gedrückt, wie es in diesen letzten Wochen der Fall war. Was da draußen brodet, ist noch keine einheitliche Volksmeinung, aber es ist der Beweis, daß durch Kampf in kurzer Frist aus der Minderheit derjenigen, die Freiheit und einen neuen Staat haben wollen, eine Mehrheit werden kann.

Wir haben schon am 8. Juli v. J. ausgesprochen, daß es für unseren Kampf nicht entscheidend darauf ankomme, ob es uns gelingen würde, im ersten Ansturm auf den Youngplan eine Mehrheit zusammenzubringen. Wir sind in Gedanken auf alle Möglichkeiten vorbereitet, die nach dem etwaigen Geheßen des Youngplans vor uns liegen. Das Volk ist aufgerüttelt. Im Vordergrund steht wieder, was die Hauptsache ist: Freiheit und die großen ewigen Grundlagen deutschen und christlichen Lebens.“



Zum Gedenken an Großadmiral von Tirpitz, der vor wenigen Tagen die Augen für immer geschlossen hat, wurde von dem Münchener Bildhauer Götz eine Medaille geschaffen. Die Vorderseite zeigt den Kopf des Großadmirals, die Rückseite die halbmaskierte Staatssekretärsflagge (Tirpitz war bekanntlich Staatssekretär des Reichsmarineministeriums).

Gedächtnisrede Dormmüllers für Minister v. Breitenbach

In Berlin fand die von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn veranstaltete Trauerfeier für den verstorbenen Staatsminister Dr. Paul von Breitenbach statt. Von der Reichsregierung waren erschienen der Reichsverkehrsminister Dr. Siegel und der Reichswehrminister Dr. Gröner, von der preussischen Staatsregierung der Handelsminister Dr. Schreiber, Generaldirektor Dr. Dormmüller hielt die Gedächtnisrede, in der er u. a. ausführte: Mit Breitenbach fiel eine Ara ins Grab, die für den

Aufstieg der preussisch-heftischen Bahnen und später für die Reichsbahn grundlegend war. In dem Verstorbenen verkörperte sich die großen Verdienste um die Entwicklung deutscher Eisenbahnen. Wenige Tage vor seinem 80. Geburtstag habe er sein von Erfolg gekröntes, reiches Leben beschlossen, in dem ihm auch die Schatten des Daseins nicht erpart worden seien. Was er in langer Friedenszeit geschaffen hätte, habe die Feuerprobe in der Kriegszeit, insbesondere in den glänzend durchgeführten Mobilmachungstagen bestanden. Der Redner gab sodann in großen Zügen ein Bild der Grundzüge, der Ziele und der Erfolge des Breitenbachschen Wirkens und mit den Worten: „Lassen Sie uns von unserem alten Chef dankeerfüllt Herzens Abschied nehmen mit dem Willen, nie zu vergessen, was er uns gab. Er soll unser Vorbild bleiben in treuer Pflichterfüllung.“

Dr. Hermann Blohm †.

Hamburg. Der Mitbegründer und Seniorchef der Werft von Blohm & Voß in Hamburg, Dr. Hermann Blohm, ist am Mittwochnachmittag nach kurzer Krankheit gestorben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Staatssekretär Meißner 50 Jahre.

Staatssekretär Otto Meißner, Leiter des Bureaus beim Reichspräsidenten, ist 50 Jahre alt geworden. Meißner hat in seinem schwierigen Amt sowohl unter Ebert wie unter Hindenburg großes Geschick und viel Takt bewiesen.

Abschluß der Young-Debatte im Bayerischen Landtag.

Im Bayerischen Landtag wurde die Aussprache über die sogenannten Young-Anträge beendet. Der nationalsozialistische Antrag, der die bayerische Regierung auffordert, im Reichsrat gegen die Beschlüsse des Reichstages zum Young-Gesetz Einspruch zu erheben, wurde abgelehnt. Ebenso ein kommunistischer Antrag. Schließlich fand der Antrag der Koalitionsparteien Annahme, der die von der bayerischen Regierung im Reichsrat eingebrachte Forderung billigt.

Großbritannien.

Macdonald stellt die Vertrauensfrage.

Ministerpräsident Macdonald äußerte im Anschluß an die Abstimmungsniederkunft der Regierung im Unterhaus, er sei bereit, den konservativen Vertrauensantrag gegen den Schatzkanzler Snowden, der am Freitag zur Verhandlung kommt, als Vertrauensfrage für die ganze Regierung zu behandeln.

Der „Feldzug bürgerlicher Gehorsamsverweigerung.“

Ghandis Hundertmeilenmarsch.

Der aus 70 Freiwilligen bestehende Stoßtrupp Ghandis ist aus Ahmedabad zum Hundertmeilenmarsch nach dem Golf von Cambay aufgebrochen. Damit hat der Feldzug bürgerlicher Gehorsamsverweigerung zur Erreichung völliger Unabhängigkeit Indiens begonnen. Dem Aufbruch Ghandis und seiner Gefährten wohnten große Menschenmassen bei, die sich bereits viele Stunden vorher eingefunden hatten und von der Schule Ghandis ab auf beiden Seiten des Weges Spalier bildeten. Die Anteilnahme der Bevölkerung war so groß, daß die Stadt fast ausgestorben war. Wie gemeldet wird, sind anlässlich der Bewegung verschiedene englische Regimenter mobilisiert worden, da man ansetzend mit Zusammenstößen rechnet.

Krawalle in Bombay.

Nach Berichten aus Bombay setzt sich der erste von Ghandi persönlich geführte Stoßtrupp für die Einleitung des Unabhängigkeitsfeldzuges aus etwa 80 Freiwilligen aus allen Teilen Indiens zusammen. Die überwiegende Mehrzahl besteht naturgemäß aus Hindus, nur zwei Freiwillige sind Mohammedaner. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß die mohammedanische Bevölkerung Indiens keine besondere Begeisterung für Ghandis Plan aufzubringen vermag.

Zur gleichen Zeit, als Ghandi von seinem Hauptquartier abmarschierte, fand in Bombay eine große Kundgebung statt, in deren Verlauf es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Mehrere Läden, in denen europäische Kunden gefahren wurden, wurden von der Menge gestürmt und zerstört. Die Fensterheben der englischen Zeitung „Times of India“ wurden eingeworfen. Von der Jugend Bombays wurde eine weitere Kundgebung veranstaltet, in deren Verlauf versucht wurde, die englische Flagge herunterzureißen.

Ein vermöglicher Kaufmann in Kalkutta hat Ghandi einen Betrag in Höhe von 1 Million Mark als Fonds für seinen Ungehorsamkeitsfeldzug zur Verfügung gestellt. In Bombay ist ein unabhängiger Kriegsrat gebildet worden, der Sammlungen einleitet und Anhänger werben soll. Durch diesen Kriegsrat werden große Massen von Flugblätter verbreitet, die zur Unterstützung Ghandis bis zum Ende auffordern.

Der Bürgerkrieg in China.

Alarmnachrichten aus Shanghai.

Nach Meldungen aus Shanghai ist die Missionstation Tsingtau in der Provinz Kwangsi vollkommen zerstört und ein Missionar von radikalen Elementen entführt worden. Die Kwangsi-Truppen, die der Nanjingregierung feindlich gesinnt sind, haben den westlichen Teil von Kwangtung von den Franzosen besetzt. Das französische Kanonenboot „Tonkin“ soll schleunigst dorthin abgegangen sein, um das französische Konsulat und die europäische Kolonie zu schützen.

Spannung zwischen Belgrad und Sofia.

Sofia. Nachdem die Presse von Sofia und Belgrad das in Sofia unterzeichnete Grenzabkommen als den Beginn besserer Beziehungen beider Länder gefeiert hatte, haben nunmehr vier hintereinander erfolgte Bombenattentate jenseits der bulgarischen Grenze sowohl in Sofia als in Belgrad einen beträchtlichen Grad von Spannung verursacht. Die Belgrader Regierung will vorläufig einen diplomatischen Schritt in Sofia vermeiden, sie will vielmehr der bulgarischen Regierung vorläufig an der Hand von 15 Beweisstücken die Prüfung überlassen. Aus den Beweisstücken soll nach verbijder Auffassung hervorgehen, daß die Attentate das Werk der Imro seien, und daß die Attentäter in Bulgarien ausgerüstet und nach Ausübung des Verbrechens nach dort zurückgeführt seien. Belgrad erwartet von Bulgarien geeignete Maßnahmen, um die Prüfung der Angelegenheit einer gemischten Kommission zu unterbreiten. Pressevertretern gegenüber erklärte Liapischew, daß die Regierung nach Prüfung der Beweisstücke diejenigen Maßnahmen ergreifen würde, die mit dem Grenzabkommen in Einklang stünden. Trotzdem die Presse in Sofia, dem Belgrader Beispiel folgend, ruhig ist, ist man doch in politischen Kreisen besorgt über die weitere Entwicklung der Angelegenheit. Man vermutet, daß die ungewöhnliche Zurückhaltung Belgrads nur ein Deckmantel für eine unerwartete verwaltungstechnische Aktion bedeuten wird, und daß ein diplomatischer Schritt von Seiten Belgrads in Vorbereitung ist. Immerhin ist es zu begrüßen, daß Belgrad nicht, wie bisher, die Regierung von Sofia einer direkten Verbindung mit der Imro bezichtigt; befürchtet wird allerdings, daß auf Betreiben Südslawiens, wie im September 1928, einzelne Großmächte von Bulgarien die Auflösung der Imro verlangen könnten.

Ausdehnung der Sklaren-Voruntersuchung

Zwei neue Beschuldigte.

Die Voruntersuchung gegen die Brüder Sklare und Genossen ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft auf den Bürgermeister Kohn und den Proturisten Liebert ausgedehnt worden. Kohn wird der fortgesetzten schweren passiven Beschuldigung, Liebert der fortgesetzten Vergehens gegen das Schmiergeldverbot, beide werden der schweren Untreue beschuldigt. Sie sollen ferner Verträge mit den Firmen der Brüder Sklare geschlossen und Bestellungen an sie aufgegeben haben, obwohl sie wußten, daß die Abschlüsse für ihre eigenen Gesellschaften ungünstig waren.

Im Zusammenhang mit den Sklare-Standalen wird gegen den Berliner Stadtrat Busch ein Disziplinar- und Strafverfahren geführt. Busch, dem Stadtwirtschaft bei den umfangreichen Grundstückskäufen der Stadt Berlin vorgeworfen wird, ist seit Monaten schwer krank und befindet sich in Linauo.

Spiel und Sport

Sp. Paymann kehrt nach Deutschland zurück, so daß wir nun doch wohl endlich wieder einmal zu einer Austragung der deutschen Schwergewichtsmehrkampf kommen. — Wagner und Schürath sollen am 6. April in der Dortmunder Weltspalle aufeinanderzutreffen.

Sp. Neue Schwimmrekorde im Rückenschwimmen der Damen stellte die deutsche Meisterin Frä. Siefertath-Meydt mit 3:15,5 für die 200 Meter und 6:56,2 für die 400 Meter auf.

Börse und Handel

Ämtliche sächsische Notierungen vom 12. März

Dresden. Die Umsätze waren an der Dresdener Börse gering, doch war die Haltung erheblich fester als am Vortage. Bankwerte besserten sich durchweg die Kurse auf, so Reichsbank um 6,5, Commerz- und Privatbank um 2,5 und Dresdener Bank um 2,5 Prozent. Sehr fest lagen die Textilwerte. Dittendorfer Filz gewannen 7,5, Zwischauer Kammgarn weitere 6, Deutsche Färbereier 3, Geraer Strickgarn 2,5, Dresdener Gardinen 2,75 und Karl Dürfeld 2 Prozent. Am Maschinenmarkt zogen Schubert u. Salzer um 8, Escher um 2,5 Prozent an, Union Diehl kamen nach Abschlag von 8 Prozent Dividende leicht abgeschwächt zur Notiz. Uneinheitlich war die Kursbewegung der Brauereiwerte. Dortmunder Mitter besserten um 4, Greizer um 3, Haase um 2 Prozent auf. Dagegen schwächten Plauener Lagerkeller um 4, Mächsenburger und Bohrisch um je 3 sowie Reichelbräu um 2 Prozent ab. Bei den Glaswerten gaben Brodowit erneut 3,5 Prozent her. Papier- und Photowerte etwas erholt, so konnten Dr. Kurz-Aktien um 6, Thode-Stammaktien um 2,5, Verein. Strohsloß um 2,25, Verein. Photogenmischungen um 3,25 und Dresdener Abwärmungsmischungen um 3 Prozent aufsteigen. Von diversen Industriefaktoren waren Polypheon um 6,5, Paradiesbetten um 3,5, von Heyden und Verein. Ränder um je 2,5 Prozent gebessert. Bei den Elektrowerten schlossen Landkraft-Leipzig weitere 2 Prozent höher und Bergmann gewannen 5 Prozent.

Stilllegung der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann u. G. In der Aufsichtsratsitzung der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann u. G., Chemnitz, wurde beschlossen, dem Antrag des Vorstandes, die Werke stillzulegen und die Gesellschaft aufzulösen, stattzugeben und der Generalversammlung, die auf den 8. April einberufen werden soll, diesen Beschluß zur Genehmigung vorzulegen. Die gegenwärtige Belegschaft umfaßt rund 1900 Arbeiter und 500 Angestellte.

Die Verwaltung begründet diesen Schritt in einem ausführlichen Kommuniqué, in dem es am Schlusse heißt: Die Liquidation soll in ruhiger Weise durchgeführt werden, die vorliegenden Aufträge ordnungsgemäß abgewickelt werden. Die Aktivwerte der Gesellschaft stehen so zu Buche, daß nach Befriedigung sämtlicher Gläubiger auch für die Aktionäre die Erhaltung ihres Besitzes zu einem nicht unerheblichen Teile zu erhoffen bleibt. Der Vorstand wird es sich anlegen sein lassen, nach beschlossener Liquidation doch mindestens Teile der Gesellschaft in andere Hände überzuleiten, um dadurch einer möglichst großen Anzahl von Angestellten und Arbeitern die Arbeitsstätte zu erhalten.

Kamenz. Stilllegung einer Bricketfabrik. Wie verlautet, hat die Leitung der Inhaber Kohlenwerke beschlossen, mit Ende dieser Woche die Bricketfabrik ihrer Grube Marie I stillzulegen. Vorausichtlich werden etwa 130 Mitglieder der Belegschaft zur Entlassung kommen. Die Dauer der Stilllegung steht noch nicht fest.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 12. März

Börsenbericht. Tendenz: Freundlich. Die Annahme der Young-Gesetze im Reichstag in der zweiten Lesung hatte bereits im Abendverleir des Vortages Deckungen und Rückläufe der Spekulation veranlaßt, die sich bei Beginn der Börsenversammlung fortsetzten. Auch einzelne Großbanken hatten für ihre Kundschaft angesichts der Entspannung der innenpolitischen Lage Kaufordere auszuführen. Die Kurse konnten sich im Rahmen von etwa zwei bis fünf Prozent bessern. Das Geschäft war etwas belebter als an den Vortagen. Am Geldmarkt waren die Sätze unverändert, Tagesgeld 4 bis 6 Prozent, Monatsgeld 6,75 bis 8,50, Warenwechsel 5,50 Prozent. Nach den ersten Kursen traten weitere Steigerungen ein. Im weiteren Verlauf wurde das Geschäft nach anfänglicher Belebung wieder ziemlich still. Die Grundstimmung blieb freundlich. Doch konnten sich die höchsten Kurse vielfach nicht behaupten. Der Privatdiskont wurde bei stärkerer Nachfrage erneut um 1/4 Prozent auf 5 1/2 Prozent erhöht.

* Devisenbörse. Dollar 4,18—4,19; engl. Pfund 20,35 bis 20,39; holl. Gulden 167,93—168,27; Danz. 81,43—81,59; franz. Frank 16,38—16,42; schwed. 81,02—81,18; belg. 58,35—58,47; italien. 21,94—21,98; schwed. Krone 112,39—112,61; dän. 112,08 bis 112,30; norweg. 112,03—112,25; tschech. 12,41—12,43; österr. Schilling 58,99—59,11; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,90—47,10; Argentinien 1,56—1,57; Spanien 51,42—51,52.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 12. März. Vom Ausland ist die Weizenmarktlage überwiegend schwach gemeldet. Promptnotierung und besonders Lieferungspreise waren für Weizen ermäßigt. Das Inlandsweizenangebot ist dabei gering und bietet den Inlandspreisen eine gewisse Stütze. Roggen eher billiger. In dessen hält Deckungsnachfrage verschiedentlich an. Hafer durch billige Plata-Offerten gedrückt. Alles andere still.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm im Reichsmarkt.		12. 3.	11. 3.	Weizen f. Wn.		12. 3.	11. 3.
Weiz., märk. pommersch.	232-235	232-235	—	Roggen f. Wn.	8,0-8,5	8,0-8,5	—
Roggen, märk.	139-144	139-144	—	Hafer	7,2-7,7	7,2-7,7	—
Gerste, märk.	160-170	160-170	—	Wassermehl	—	—	—
Wintergerste	140-150	140-150	—	Wassermehl	—	—	—
Sommergerste	—	—	—	Wassermehl	—	—	—
Wintergerste	—	—	—	Wassermehl	—	—	—
Hafer, märk.	119-128	119-129	—	Wassermehl	—	—	—
pommersch.	—	—	—	Wassermehl	—	—	—
Wassermehl	—	—	—	Wassermehl	—	—	—
Weizenmehl p. 100 kg fr. Br. (inkl. Sack)	26,5-31,0	26,7-31,0	—	Wassermehl	—	—	—
Wassermehl p. 100 kg fr. Br. (inkl. Sack)	20,0-23,5	20,0-23,5	—	Wassermehl	—	—	—

Kirche und Staat.

Eine Entschließung der Generalsynode. Die Generalsynode, die oberste Vertretung der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, beschäftigte sich in ihren weiteren Verhandlungen mit der schon lange schwebenden Frage eines Vertragsabschlusses zwischen Kirche und Staat.

Der Berichterstatter des Verfassungsausschusses, der Berliner Kirchenrechtslehrer Professor Dr. Dr. Sack, erinnerte in einer formulierten Erklärung an die Vorgänge des vergangenen Sommers und wies darauf hin, daß die evangelischen Kirchen damals alles vorbereitet hätten, um einen gleichzeitigen Abschluß des Vertrages mit dem Konföderat in kürzester Frist zu ermöglichen. Wenn dieser Abschluß nicht erfolgt ist, heißt es in der Erklärung, so müssen wir hierin eine Zurücksetzung erblicken. Eine solche Behandlung entspricht nicht der Bedeutung des evangelischen Christentums und hat überdies einen

Zustand der Imparität geschaffen, der von allen Gliedern der evangelischen Kirche bitter empfunden wird. Der Redner stellte fest, daß seit nunmehr einem Monat in aller Form offiziell verhandelt wird. Der Verfassungsausschuss

ausschuss wäre sich darüber einig gewesen, daß von dem durch die Verhandlungen der Generalsynode von 1927 und 1929 eingenommenen Standpunkt auszugehen und an der im vergangenen Sommer dem Kirchenrat erteilten Vollmacht festzuhalten sei. Andererseits müsse, wenn der Vertrag schließlich zustande komme, für einen billigen Ausgleich des Zeitverlustes durch eine eventuelle

Müchwerkungskauf

unbedingt gesorgt werden. Auch wurde geltend gemacht, daß den evangelischen Kirchen zwar sicherlich viel an dem Zustandekommen einer förmlichen Abmachung mit dem Staat liege, schon im Interesse ihres Ansehens und ihrer Befreiung von höchst lästigen mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehenden Verbindungen in Gesetzgebung und Verwaltung, aber auch schon zwecks dauernder Sicherung der Benutzung ihrer Verwaltungsgebäude sowie einer Anzahl im Staatsvermögen stehender Gotteshäuser, ferner zur Aufwertung und vor allem vertraglichen Sicherung ihrer Dotationen sowie der Mittel für die Ausbildung ihrer Geistlichen, dies alles jedoch nur bei entsprechendem Inhalt der Verträge.

Wenn so lägen die Dinge nicht, hob D. Sack hervor, daß die evangelische Kirche auf das Zustandekommen eines Vertrages unbedingt angewiesen wäre und ihn um jeden Preis hinzunehmen brauchte. Vom Staat müsse man jedenfalls verlangen, daß er — wobei die finanzielle Seite der Frage durchaus nicht einseitig im Vordergrund zu stehen habe — den Interessen der Kirche gerecht werde.

Sache des Kirchenrates werde es sein, das Ergebnis der Verhandlungen im ganzen und im einzelnen sorgsam abzuwägen und sich darüber schlüssig zu werden, ob die Ertragsgegenstände etwaige Zugeständnisse überwiegen und letztere überhaupt tragbar wären; kurz, ob der Abschluß des Vertrages gerechtfertigt erscheine oder ob man auf anderem Wege weiter gegen die Fesseln, in die die Staatsgesetze von 1924 die evangelische Kirche geschlagen haben, angehen müsse.

D. Sack hat um einstimmige Annahme der vom Verfassungsausschuss einstimmig vorgelegten Entschließung. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen zum Segen für die evangelische Kirche, aber

auch zum Segen des Preussischen Staates

endigen mögen, dem das Seine zu geben gerade wir evangelischen Christen nie versäumt haben, von dem wir aber auch verlangen dürfen, daß er der Kirche mindestens das gebe, was ihr von Reichsverfassung wegen gebührt. (Starker Beifall.) Zu einer

Entschließung

steht dann die Generalsynode mit Bedauern fest, daß die preussische Regierung nach Abschluß des Konföderats mit dem Vatikan zwar unverbindliche Versprechungen mit der evangelischen Kirche geführt, die offiziellen sachlichen Verhandlungen aber erst jetzt, sieben Monate nachher, eröffnet hat. Die Generalsynode hält es für selbstverständlich, daß die Verhandlungen im Interesse der Parität schleunigst abgeschlossen werden und daß dabei die Interessen der evangelischen Kirche und ihre Freiheit im Staat gewahrt werden.

Bunte Tageschronik

Kiel. Die Inhaber des Mittes vorigen Jahres zumammengedruckten Bankausweises Tiffen — Vater und Sohn — wurden wegen Fluchtverdachts in Haft genommen.

Marke. Auf dem Flugplatz von Itzehoe stürzte ein Flugschüler mit seinem Flugzeug ab. Der Apparat zerschellte am Erdboden, der Flugschüler fand den Tod.

Neuwied. Der kürzlich verstorbenen früheren amerikanischen Präsidenten Taft wurde auf dem Friedhof zu Arlington mit militärischen Ehren beigesetzt. An dem Trauerzuge beteiligten sich Präsident Hoover, das diplomatische Korps und viele hohe Beamte. Die Leiche wurde im Kapitol aufgebahrt, wo Tausende von Personen am Trauerparade teilnahmen.

9. Ziehung 5. Klasse 196. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 12. März 1930.

(Obne Gewähr.) Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 240 Mark gezogen.

25000 auf Nr. 22156 bei G. A. C. Kuffstedt Sohn, Cunevalde.
5000 auf Nr. 97032 bei dem Internationalen Verkehrsbüro des Leipziger Westbundes G. m. b. H., Leipzig.
5000 auf Nr. 122809 bei G. A. C. Kuffstedt Sohn, Cunevalde.

0694 435 777 021 336 721 455 177 (400) 978 148 450 137 181 829
(2000) 380 1473 405 873 749 610 (400) 810 218 964 531 638 270
(1000) 105 501 2487 135 131 (400) 580 219 278 864 290 (400) 364
475 3615 (500) 021 (400) 867 639 159 932 246 111 326 543 434 630
(400) 4156 541 398 382 291 (1000) 971 983 5838 897 268 683 947
(400) 984 362 (500) 020 835 (500) 901 (500) 472 (1000) 6147 (400)
253 400 610 299 991 557 679 782 600 (500) 059 508 137 442 483 488
514 7931 591 529 187 981 (400) 354 903 936 145 721 112 300 8408
945 (400) 314 023 026 910 (500) 000 683 392 9048 956 006 394 174
866 (500) 10810 217 269 266 016 384 545 019 021 443 793 951 618
498 11759 211 459 994 036 095 059 133 616 102 892 427 426 485
913 (400) 945 216 364 224 386 12583 (400) 654 693 355 (400) 072
660 949 (400) 416 296 915 534 638 (500) 225 563 (400) 244 (400)
13361 879 520 094 (400) 934 141 (500) 865 406 342 354 258 183 442
14772 588 (3000) 822 293 (500) 597 156 692 005 791

15326 (500) 320 539 190 383 (500) 707 494 (400) 279 278 421 779
905 (1000) 485 647 (400) 593 (400) 16812 955 262 783 536 287 321
397 013 884 852 541 (400) 622 148 184 689 (400) 867 (2000) 7812
323 598 254 (400) 279 895 490 878 606 185 854 (500) 613 326 200 383
(400) 151 441 534 145 18307 577 682 618 945 555 403 522 950 994
(500) 642 582 508 660 (400) 19355 328 360 067 347 042 (400) 087
682 524 069 618 012 043 137 985 167 (400) 788 20592 (500) 363 991
042 998 200 704 21391 222 189 569 168 013 277 22569 218 782
(500) 643 405 166 (25000) 662 531 520 120 (500) 532 22335 115 793
203 491 571 582 (500) 187 24616 120 (400) 709 589 166 666 132
795 455 171 081 213 556 796 820 25376 (400) 892 (400) 236 361
(400) 385 352 214 270 918 518 349 (400) 26523 925 898 998 500 829
726 304 491 (400) 135 230 082 27956 286 557 910 798 (400) 704 757
25456 (400) 539 (500) 049 044 625 607 833 20820 375 947 (400) 391
516 541 059 (400) 913 778 582 896 466 101 008 (2000) 447 400 255
228 964 165 779 092 597

30832 180 691 184 428 945 782 673 784 (400) 868 125 (400) 856
044 145 34267 627 272 850 442 (3000) 488 396 785 828 081 32324
828 200 065 164 575 (400) 576 397 718 101 566 633 33070 818 (400)
772 957 665 048 418 725 623 424 34512 241 (400) 429 413 333 936
151 775 235 610 35530 959 204 769 914 044 136 (1000) 636 726 (400)
060 631 695 010 (500) 30305 093 513 675 (400) 435 934 (500) 785
(1000) 525 (400) 529 813 827 171 407 758 608 236 27273 632 125
053 380 189 376 (400) 967 864 864 550 (500) 684 044 (400) 943 293
(1000) 950 (400) 393 192 015 618 39563 433 958 239 796 236 (500)
840 075 563 (3000) 598 711 (400) 745 39104 892 558 543 431 680
268 065 786 361 374 685 505 37 40466 073 141 516 497 526 174
284 936 317 529 499 115 41262 437 (400) 419 823 (400) 886 776 415
930 (400) 476 229 279 976 189 42432 829 398 639 813 209 533 229
047 556 (1000) 132 (400) 108 277 (400) 893 859 669 43758 230 761
320 130 483 327 150 423 729 44708 992 (500) 672 009 989 (3000)
489 425 848 044 855 605 677 896 738 251 461

45665 473 461 (1000) 635 501 436 290 186 103 086 062 (400) 192
40022 898 114 693 784 791 908 476 974 481 535 47634 (500) 583
446 894 345 274 609 715 081 719 810 951 390 040 019 (400) 45393
771 (1000) 032 498 058 659 227 577 694 953 275 438 196 519 (400)
624 49829 445 (500) 897 518 (1000) 182 504 997 622 766 (400) 041
50423 (500) 261 287 009 169 841 (500) 245 (400) 826 837 851 699
781 367 003 450 441 967 284 51030 782 951 855 923 304 838 611
394 226 623 (500) 189 768 895 504 126 653 52448 501 180 724 788
732 929 506 567 (3000) 280 (400) 778 (400) 025 53076 445 113 400
793 198 831 145 (400) 54227 505 (400) 736 471 842 55066 136 015
001 502 732 182 167 085 56930 382 883 290 088 886 188 205 (500)
382 319 141 169 046 962 (500) 364 338 192 811 071 57498 381 291
054 (2000) 634 986 (1000) 681 615 963 58544 002 238 710 819 719
777 099 897 096 412 (400) 911 270 624 206 50216 566 723 328 239
225 149 888 696 413 145 441

60902 080 (500) 937 (2000) 331 454 249 296 797 981 527 971 987
239 024 61164 (400) 727 825 (400) 228 079 116 926 759 416 021
492 072 184 62316 552 493 093 419 (2000) 672 63921 768 490 935
611 433 480 629 841 746 672 769 124 275 244 (400) 698 64377 (1000)
994 587 036 (400) 678 (1000) 636 439 151 535 018 (400) 67848 (500)
714 850 130 170 536 868 113 003 925 60880 612 235 408 185 103
142 278 (400) 173 (1000) 493 67258 971 405 741 762 824 295 410
692 439 (1000) 924 591 561 104 (400) 406 502 879 68368 379 294
577 375 556 882 556 820 335 (500) 325 996 880 891 628 176 553 034
706 265 69652 011 003 209 540 172 431 737 711 (400) 224 (400)
069 (400) 70452 679 667 726 (400) 390 813 334 (500) 412 145 (1000)
987 292 (1000) 919 71790 593 380 (500) 761 045 043 094 995 238
433 928 798 998 611 72193 069 500 146 883 633 967 489 174 102
126 750 168 580 436 171 608 73586 119 848 992 344 687 327 212
730 74702 (500) 928 514 086 590 335 (500) 101 (500) 680 (1000)
75436 335 046 (500) 577 015 869 534 650 311 (400) 199 479 794
024 179 362 76488 250 041 582 555 512 (400) 140 840 094 124 516

Tages-Chronik

○ Postraub in Oberschlesien. Im Kreise Kreuzburg wurde ein dreifacher Raubüberfall verübt. Das zwischen Kreuzburg und Hosenberg verkehrende Postauto mußte plötzlich auf offener Chaussee halten, da ein quer über die Straße gelegter Baumstamm den Weg versperrte. Unmittelbar darauf sprangen zwei Männer aus dem Graben und zwangen den Postschaffner, der sich allein in dem Auto befand, zum Verlassen des Wagens und zur Herausgabe des Schlüssels. Der wehrlose Postbeamte mußte zuhören, wie die beiden Männer das Auto durchsuchten und beraubten. Es fiel ihnen ein Geldbetrag von etwa 1500 bis 2000 Mark in die Hände. Außerdem haben sie zahlreiche Postkarten, besonders amtliche Sendungen, erbrochen. Bisher fehlt von den Tätern jede Spur.

○ Schweres Autounfall bei Deuthen. Der zwischen Deuthen und Kattowitz verkehrende Autobus der Schlesischen Kleinbahn-Gesellschaft stieß an einer Biegung mit einem Lastauto zusammen. Das Lastauto wurde in den Graben geschleudert und vollständig zertrümmert. Der Führer wurde so schwer verletzt, daß er noch vor der Einlieferung ins Krankenhaus starb. Zwei Mitfahrer des Lastautos erlitten schwere Verletzungen.

○ Familientragödie. In München wurden in ihrer Wohnung der 23 Jahre alte Musiker Steinl, seine etwas jüngere Ehefrau und das vier Jahre alte Töchterchen tot aufgefunden. Nach den polizeilichen Feststellungen hat die Frau im Laufe der Nacht nach einem Streit ohne Wissen des Mannes den Gashahn im Schlafzimmer geöffnet. Unter den Eheleuten war es wiederholt zu Eifersuchts-gezeiten gekommen.

○ Mord eines Deutschen in Ostpreußen. In St. Wobd in Ostpreußen wurde dieser Tage ein bereits einen Monat zurückliegendes Verbrechen aufgedeckt: ein deutscher Arbeiter namens Schent hat nach einem Streit seine Frau erschossen und die Leiche dann mittels einer Säge zerstückelt. Schent hatte überall erzählt, daß seine Frau nach Deutschland zu ihren Eltern gefahren sei. Er selbst ist seit zwei Wochen verschwunden, und man vermutet, daß er sich in Deutschland aufhält. Das zehnjährige Kind des Ehepaares befindet sich in St. Wobd bei Verwandten, wo der Mörder es vor seiner Flucht untergebracht hatte.

○ Die geplante neue Großlochnerstraße. Im Salzburger Landtag machte der Landeshauptmann Dr. Hecht Mitteilungen über die Erbauung der neuen Großlochner-Hochalpenstraße, die etwa 43 Kilometer lang sein soll. Die Baukosten werden auf acht bis zwölf Millionen Schilling geschätzt. Nach Vollendung der Lochnerstraße wird es möglich sein, an einem Tage von München zur Adria zu fahren.

○ Großer Speicherbrand in Danzig. In Danzig brach in den an der Moltkai gelegenen Speichern ein Brand aus. Zwei sechsstöckige Speicher sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Etwa 2000 Tonnen Getreide wurden vernichtet. Durch einen Giebel, der zusammenstürzte, wurde ein Oberfeuerwehrmann erschlagen.

○ Flugzeugunglück in Tunis. Bei Biserta in Tunis geriet ein Wasserflugzeug in 1000 Meter Höhe in Brand. Es gelang dem Piloten, in der Nähe des Hafens zu landen. Fünf Mann der Besatzung konnten von herbeigeeilten Booten gerettet werden, während der sechste mit in die Tiefe gezogen wurde.

020 (400) 846 77058 (400) 240 672 525 787 796 975 681 938 77209
959 094 111 192 980 523 110 918 996 470 561 (400) 726 059 79781
955 538 439 920 652 104 258 268 573 790 80367 743 493 020 999
172 234 244 653 211 107 471 81399 356 352 (1000) 925 (2000) 179
721 931 979 298 915 (400) 563 641 044 82775 (400) 904 225 706
827 581 657 057 83767 177 538 701 796 021 059 055 958 (1000)
313 391 805 645 404 787 235 095 183 (400) 84287 (400) 410 025
221 (500) 901 302 130 820 284 447 85881 310 (2000) 226 266 273
946 031 792 232 294 822 961 (400) 680 425 458 945 86877
(500) 360 497 614 126 911 651 935 779 308 (2000) 163 87419
(400) 708 922 286 454 225 715 382 (400) 639 365 231 (400) 453 241
542 673 (400) 186 (500) 88776 721 541 522 315 987 221 174 692
801 299 89934 796 (500) 638 (500) 766 295 821 135 716 548 (400)
615 988 017 419 761 661 (500) 065 477 310 474 512 289

90168 898 490 128 (400) 681 129 688 545 576 505 132 566 918
(500) 904 426 91593 821 631 (1000) 853 (400) 851 (400) 279 469 785
92597 (400) 971 614 472 074 570 843 395 426 (1000) 724 474 123
92945 624 (400) 489 417 908 687 444 159 (400) 400 586 94136 957
677 936 109 162 647 (1000) 321 656 428 796 488 010 873 025 239
139 941 95037 674 (500) 673 334 758 962 862 101 96733 621 765
837 (1000) 972 818 237 925 601 899 408 318 (3000) 997 492 781
752 253 92710 818 676 032 (5000) 827 086 171 029 433 218 085
631 699 98384 (1000) 610 (400) 224 (500) 222 115 353 526 580 288
043 99841 089 815 755 780 (400) 421 120 251 017 (400) 525 100091
(400) 746 108 437 196 839 976 093 854 616 (400) 10182 857 507
274 622 854 103 629 2

Das Unterhaltungsblatt

Künstliche Nahrungsmittel

Von Dr. J. Esser-Vochum

Seit der künstlichen Darstellung der Klee- und Harnsäure durch Fr. Wöhler vor etwa 100 Jahren hat die organische Chemie noch manches andere „verwandig probiert, was die Natur sonst organisieren ließ“. Es gelang die Synthese des Alizarins, des Indigos, des Nierenhormons Adrenalin, des wirksamen Schilddrüsenprinzips Thyroxin, des Vanillins, des Waldmeisterduftstoffes Kumanin, des Weichgeruchstoffes Zonon.

Gegenbeispiele sind: die Zitronensäure, für die es noch kein billiges Verfahren gibt, die Weinsäure, deren Synthese man noch gern der Natur überläßt, der künstliche, wirklich Kautschuk, die synthetische Zellulose (Baumwolle). Auch die künstlichen Nahrungsmittel (Fette, Kohlehydrate und Eiweißstoffe).

Die Eiweiß-Synthese hat von jeher als das nächste Problem der organischen Chemie gegolten. Die natürlichen Eiweißkörper lassen sich durch geeignete chemische Behandlung (Hydrolyse, d. h. Spaltung unter Aufnahme von Wasser, etwa durch konzentrierte Säuren) in ihre einfachsten Bausteine, die Aminosäuren, zerlegen. Es fehlt heute nicht an Verfahren, solche Aminosäuren synthetisch herzustellen. Damit ist im wesentlichen die zukünftige künstliche Eiweißernährung vorbereitet. Denn auch der tierische Organismus baut zuerst das mit der Nahrung aufgenommene artfremde Eiweiß zu einem Gemisch der verschiedensten Aminosäuren ab und diese dann wieder zu artigen Eiweiß auf. Auf Grund dieser Erkenntnis ist es gelungen, Tiere an ein Futter aus künstlichen Aminosäuren in puffernder Mischung zu gewöhnen (Abberhalben).

Darüber hinaus haben die berühmten Arbeiten E. Fischer über die Zusammensetzung der Eiweißkörper gelebt, mehrere Aminosäuren zu neuen eiweißähnlichen Kombinationen, den Polypeptiden, zu verketten. Und doch befindet sich die Forschung mit dem Zusammenbau dieser hochkomplizierten Molekülsysteme erst im Vorhof der eigentlichen Eiweißsynthese, die durch das Problem der künstlichen Peptone und Aminosäuren noch verkompliziert wird. Ueberdies kosten die geringen Mengen der genannten Eiweißfabrikate das Vielfachfache der entsprechenden Naturerzeugnisse.

Die Synthese der Kohlehydrate (Zucker, Stärke) gedieh kürzlich bis zum Aufbau der Doppelzucker (Biosen). Doch haben die betreffenden Herstellungsmethoden von Milch-, Malz- und Rohrzucker (nach Biotet und Vogel) vorläufig nur theoretische Bedeutung, und die Lücke zwischen der laboratoriumsmäßigen Darstellung und der wirtschaftlichen, technischen Fabrikation ist so unüberwindlich groß, daß für die nächste Zukunft eine Verdrängung des natürlichen Produktes vom Markt nicht zu erwarten, bzw. zu befürchten steht.

Auf das lebhafteste aber bewegt zur Zeit die Forschung das Problem der Fettsynthese, das in enger Zusammenarbeit von Wissenschaft und Technik in überraschendem Tempo der Lösung zutreibt.

Die chemischen Komponenten (oder primären Zerkleinerungsprodukte) unserer Speisefette und -öle sind das Glycerin und kohlenstoffreiche Fettsäuren (Oel-, Butter-, Margarin-, Palm-, Stearinsäure). Die Synthese des Glycerins, ausgehend vom Karbid (aus Kohle und Kalk im elektrischen Feuer) über die Zwischenstufen Acetylen, Essigsäure, Aceton (Verfahren von Friedel und Silva) ist zwar länger bekannt, aber leider nicht billig und bequem.

Der künstliche Aufbau der zweiten Fettkomponente, der „höheren Fettsäuren“, wuchs neuerdings über die Synthese der Ameisen- und Essigsäure hinaus. Die neuen und höchst neuartigen, unter Beihilfe von geeigneten Reaktionsbeschleunigern (Katalysatoren), wie des Urotropins, zustande kommenden Fettsäuren weichen aber in ihrer chemischen Zusammensetzung etwas von den natürlichen ab. Dieses Etwas aber macht sie erfahrungsgemäß vorläufig als Bausteine künstlicher Speisefette ungeeignet.

Das dritte Teilproblem der Fettsynthese ist der Zusammenbau von Glycerin und entsprechenden Fettsäuren („Veresterung der Komponenten“). Auch hier liegen vielversprechende Einzelerfolge vor. So gelingt es, durch Erhitzen von Glycerin mit überschüssiger Stearinsäure das Fett Tristearin aufzubauen.

Bei allen schönen Aussichten der zukünftigen Nahrungsmittelsynthese wird nicht nur der Feinschmecker sich fragen, ob das künstliche Fett oder Eiweiß von morgen den Wohlgeschmack oder -geruch haben wird, der zum Genuß der natürlichen Produkte verlockt und ihn so angenehm und befriedigend macht. Ob es der Forschung gelingen wird, ähnlich wie in der Kunstspeisefett-Industrie die Antipathie der Menschheit gegen die eßbaren Kunststoffe durch Auffinden und Synthese geeigneter Geschmacks- und Geruchstoffe zu überwinden, ist wohl sehr fraglich.

Die Synthesen von Eiweiß, Zucker, Stärke und Fett verlaufen im tierischen und pflanzlichen Organismus ganz anders als diejenigen, welche der „Organiker“ in seinem Laboratorium erzwingt. Die Pflanzen stellen z. B. Zucker aus Kohlenensäure und Wasser her, bei Anwesenheit von Ammoniak bilden sie weiter Eiweißstoffe. Im einzelnen sind diese natürlichen Synthesen noch nicht ganz geklärt. Insbesondere ist es auffallend, daß sie bei gewöhnlicher Temperatur und ohne Beihilfe scharfer Reagenzien (wie Säuren), also ohne Aufwand großer Energiemengen, vor sich gehen. Hier stößt die chemische Forschung auf eines der tiefsten und erhabensten Geheimnisse der lebenden Substanz, und eine vorläufige Skepsis ist wohl gegenüber allen Bestrebungen berechtigt, die den eleganten Mechanismus der wirklich „organischen“ Nahrungsmittelsynthese künstlich nachzuahmen bezwecken.

Immerhin ist die künstliche Assimilation der Kohlenensäure und des Stickstoffs nach dem Vorbild der Natur eine der reizvollsten Forschungsaufgaben der Zukunft, und im engsten Kreise der Versuchen wird die Hoffnung nicht erlöschen, endlich einmal der lebenden Zelle ihre schönsten Fabrikationsgeheimnisse abzulauschen und in scharfe Konkurrenz mit ihr zu treten. Versuche, die Kohlenstoffassimilation der Pflanzenzelle unter Mitwirkung des Sonnenlichts (Photosynthese) künstlich nachzumachen, haben bisher nicht zum Ziel geführt (Verstrahlung wässriger Kohlenstofflösung mit Vogen- oder Glühlampenlicht unter Beihilfe metallischer Katalysatoren). Voraussichtlich wird einst der Fortschritt der Photochemie und -physik im Verein mit neueren Erkenntnissen und Erfindungen der Katalysatorforschung Licht in das Dunkel bringen. Und so mündet der Kampf der Wissenschaft mit dem Hunger in die Physik der strahlenden Materie und Energie und damit in das erhabene Urgeheimnis des Weltalls selbst.

Was würden Sie mit 20000 Mark beginnen?

Von Alexander Klockenbrink

Ein jeder Mensch hat wohl einmal Lustschlösser gebaut und sich ausgemalt, was er beginnen würde, wenn er morgen die Nachricht erhielte, daß er in der Lotterie einen Haupttreffer gemacht oder daß ihm ein reicher Erbkessel sein Vermögen hinterlassen habe. Es ist so schön, sich wenigstens in der Phantasie mit Dingen zu beschäftigen, die leider in der Wirklichkeit nur allzu selten einzutreffen pflegen. Die kürzlich vorgenommene Ziehung der Staatslotterie gab Veranlassung zu einer Rundfrage bei den Vertretern der verschiedensten Berufs- und Gesellschaftsklassen: „Was würden Sie tun, wenn Sie morgen zwanzigtausend Mark gewinnen?“ Aus den eingelaufenen Antworten seien einige herausgegriffen.

An einem biedereren Schuhmachermeister, der seit vierzig Jahren mit einem Gefellen und einem Lehrlingen die Schuhe

der Mitbürger verarzte, ist unser Zeitalter der Technik keineswegs spurlos vorübergegangen: sein sehnlichster Wunsch ist eine mechanische Befohlanstalt, natürlich mit den modernsten Maschinen eingerichtet. Aber er will keinesfalls das ganze Geld darauf verwenden, sondern meint, daß wenigstens die Hälfte der Summe unbedingt sicher gestellt werden müßte, damit er und seine Frau eine Altersversorgung haben; denn die von Jahr zu Jahr abnehmende Arbeitskraft erfüllt ihn mit banger Sorge und bedroht seine Zukunft.

Ein Kaufmann, der in einer norddeutschen Mittelstadt ein Konfektionsgeschäft betreibt, klagt über den Rückgang seines Geschäftes, weil ihm ein modernes Warenhaus viele Kunden entzieht. Er sieht eine Neubelebung seines Geschäftes in einem völligen Umbau und durchgreifender Modernisierung seines Ladenlokales; aber das Betriebskapital, das gerade ausreicht, um sein Geschäft im alten Rahmen fortzuführen, gestattet ihm die Ausführung solcher Pläne nicht; denn die Inflation hat ihm nicht viel mehr gelassen als die Hoffnung auf den Haupttreffer.

Schwere Sorgen lasten auf dem kaufmännischen Angestellten, Vater dreier halbwüchsiger Kinder. Sein Einkommen reicht zwar zum Unterhalt der Familie, aber die Berufsausbildung der Kinder, von denen ein Sohn besondere Sprachbegabung, der andere über den Durchschnitt gehende geistige Fähigkeiten besitzt, stößt auf unüberwindbare finanzielle Schwierigkeiten. Studium und Kunstakademie sind An gelegenheiten des Geldbeutels, und so werden diese begabten Kinder, der Not gehorchend, sobald sie von der Schulbank gekommen sind, einen „praktischen Beruf“ ergreifen müssen, in dem ihre besonderen Fähigkeiten nicht zur Entfaltung kommen können. Von zwanzigtausend Mark (oder weniger) hängt das Lebensglück dieser Menschen ab.

Auch die tüchtige berufstätige Frau, die einst bei Lebzeiten ihres Mannes von Luxus umgeben war, der aber nach dem Tode des Gatten nichts blieb als die Sorge um zwei unmündige Töchter, und die nun seit Jahren als Sozialbeamtin den Unterhalt für sich und ihre beiden Kinder verdient, wünscht nichts sehnlicher als den Besitz einer ausreichenden Summe, um ihren Töchtern eine angemessene Aussteuer mitgeben zu können; sie beklagt sich bitter über unsere ideallose materielle Zeit, in der Mädchen ohne Geld...

Der Wunsch zum Glück läßt den Menschen immer wieder an den Zufall glauben, und jeder meint, wenn er sich an einer Lotterie beteiligt, so gebe er damit dem Schicksal einen besonderen Fingerzeig, und wenn ein Los unter besonderen Vorkehrungen gewählt wird, so wird es unfehlbar sein. Kaum einer denkt daran, wieviel sicherer es ist, dem Zufall etwas mehr entgegenzusetzen als eine Chance, nämlich die Fähigkeit. Jeder Mensch, der rechtzeitig sparen lernt, wird am Ende seines Lebens viel mehr erübrigt haben als der glücklichste Spieler. Aber auch sparen setzt schon wieder eine große Selbsterziehung voraus, denn gar zu leicht ist eine Mark am falschen Orte ausgegeben. Hier hat bereits vor langer Zeit in moderner Erkenntnis ein Hebel eingegriffen, der zwangsläufig dazu erzog, daß der schwache Einzelne nicht durchführen würde. Es gibt heute nicht nur Spar- und Bankkonten, nicht nur Erziehungs- und Ausstattungsverordnungen, es gibt Lebensversicherungen als eine Sparform, die die Menschen zwangsläufig zum Sparen veranlaßt. Diese moderne Einstellung dem Leben gegenüber sichert nicht nur den an sich wankelmütigen Menschen, sie macht ihn zu einem Lebenskämpfer, der für sich selbst durchhalten muß, wenn die aufgesparten Versicherungsbeiträge dem Zwecke zugeführt werden sollen, zu denen sie bestimmt sind: der Sicherstellung der Familie und damit seiner Kinder.

Bildliche Redebeise.

Beaubais, Gosprediger bei Ludwig dem Dreizehnten, hatte eine gewaltige Rede gehalten gegen Richelieu und seine Anhänger.

Der König wollte seinen Minister damit ärgern und meinte beiläufig: „Es scheint, daß Euch der Mann einen Haufen Steine durchs Fenster geschmissen hat.“

„Sicher“, gab Richelieu zu, „aber sollte er die meisten nicht in Versailles aufgesammelt haben?“

Die Zahnücke.

Ein heiterer Vorfall.

Von Marta Maria König.

Doktor Spätmann hatte auf seinen Forschungsreisen in Ägypten viele dunkle Grabkammern besucht, viele starrer Skelette beschaunt und furchtlos Mumien anstudiert. Deswegen wunderte es jetzt seinen treuen Diener Jakob sehr, daß sein Herr solche Blide voll Entsetzen teils in seine Hand sandte, teils in einen Taschenspiegel, den er vor das Gesicht hielt. Zwischen den Vorderzähnen gähnte die Lücke eines ausgebrochenen Zahnes unbefürchtet und unabänderlich in das leider rücksichtslos wahre Spiegelglas, und in der feinerwigen Rechten des Kunststhorikers Spätmann lag wie ein Teufelsgefäch der Ausreißer, der Unhold unter seinen Zähnen, der dem Widerstand einer hartnäckigen Schwarzbrotkruste nicht gewachsen gewesen war. Der Doktor schüttelte den Kopf, als könne er den Ursachen irgendeines großen Naturereignisses nicht auf die Spur kommen. „Ich werde alt“, murmelte er endlich, und sein Tonfall verriet eine Unsicherheit, als könne er bei der verfeinerten Gräte irgend eines verschwundenen Reptils nicht mit Gewißheit feststellen, zu welcher Zeit es gelebt. „Ich werde alt“, bekräftigte er sich selbst noch einmal. „Antonie wird mich nicht mehr leiden mögen, wenn sie die Stelle des öden Nichts in meinem Oberkiefer entdeckt. Frau v. Schöntal ist ein herrliches Weib und hat Anspruch auf einen „ganzen“ Mann.“

„Ich würde eine Frau nicht heiraten wollen“, knurrte in einer Ecke der treue Diener, „die mich eines ausgebrochenen Zahnes wegen weniger schätzen könnte. Wer uns nicht mehr liebt im Schmutz, hat uns auch nicht geliebt im Putz.“ Und um die Mühseligkeit dieser Rehorik gleich zu überbieten, drängte er beschleunigt die Frage hinterher: „Soll ich den Zahn jetzt in Spiritus legen, Herr Doktor?“

„Wir wollen meine Knochensammlung nicht durch meinen unedlen Zahn schänden, Jakob“, war die bestimmteste Antwort, „ich bin ja auch kein Aufseher verdienender Knochendirekt. Aber sage mir, rate mir jetzt, in einer Viertelstunde kommt Frau v. Schöntal zum Frühstück zu mir. Ich kann doch meiner Braut nicht in diesem Zustand begegnen. Von meinem morschen Zahn muß sie auf die Beschaffenheit meiner übrigen Knochen Schlüsse ziehen.“

Jakob räusperte sich. „Herr Doktor hat mir immer gesagt, wenn man einen Schluß zieht, müsse man eine Sache sehr gründlich studieren. Aber ein End-Schluß ist wohl kein Entschluß.“

„Wie meinst Du das, Jakob?“

„Ach meine, wenn ein Entschluß ein End-Schluß wäre,

dann hatte der Herr Doktor Frau v. Schöntal auch gewiß noch gründlicher studiert.“

„Jakob“, fuhr der Doktor auf, „ich bin Dein Herr, und Frau v. Schöntal wird Deine Herrin werden. Dir kommt es nicht zu, Redensarten über sie zu machen. Du bist ein alter Esel, und sie ist eine Venus.“

„Ja, aber“, wagte Jakob noch einmal einzuwenden, „Herr Doktor hat so viele Venusse aus Holz und aus Stein gesehen: hat er schon daran gedacht, daß eine Venus aus richtigem Fleisch auch noch etwas anderes als nur eine Venus ist?“

„Jakob“, mahnte der Doktor, „statt überflüssige Betrachtungen anzustellen, rate mir lieber: Wie mache ich es, daß meine Braut mich erst dann wieder sieht, wenn ein guter Zahn ersatz den Schaden unsichtbar macht?“

Ohne eine Antwort ging Jakob ans Telefon: „Also Herr Doktor läßt heute um das Nichterscheinen der gnädigen Frau bitten!... Warum?... ja warum, das hat er mir auch nicht gesagt.“

„Du hättest doch irgend einen Grund angeben können Jakob!“

„Ach, Herr Doktor, die Weiber sind schlau. Den wahren Grund kann ich nicht nennen. Lügen ist schädlich, hat Herr Doktor selbst immer gesagt.“

Der Doktor machte es sich jetzt gemütlich, und Jakob schenkte ihm eine Tasse Tee ein. „Ich muß mich nun erst in Gedanken an den Besuch bei einem Zahnarzt gewöhnen, wie einst die alten Römer an den Anblick der Germanen“, bemerkte er und ließ es sich gefallen, daß Jakob ihm die Ränder von den Brotschnitten entfernte, um weiterem Unheil vorzubeugen. „Jakob, glaubst Du...“, wollte der Doktor gerade einige Ausfragen über Zahnarztkünste beginnen, da fuhr draußen ein Auto vor. Wie in einer Verwandlung von Hellschere mußte er es sich vorstellen: Wenn das Frau v. Schöntal ist! „Jakob, was nun, wenn meine Braut doch kommt?...“ Da... da zog auch schon jemand sehr frisch und lebenshungrig an der Klingel. Jakob stolperte bestürzt an die Haustür und öffnete vorsichtig die Tür in der Hand und schob einen Fuß durch die Spalte. „Ist Herr Doktor hier?“ fragte Frau v. Schöntal mit einem Lächeln, das mit Zuckerguß und Buttercreme garniert schien. „Ja“, knurrte Jakobs Wahrheitsliebe. „Bitte, dann führen Sie mich zu ihm!“ — „Er ist wohl da“, führte Jakob bedächtig weiter aus, „aber er ist für die gnädige Frau nicht da noch!“

„Das wäre ja noch schöner!“ herrschte Frau v. Schöntal den mutigen Jakob an. „In zwei Wochen ist Hochzeit, und er will für mich nicht da sein? Was ist der Grund? Hat jemand ihn gegen mich aufgebracht? War meine Freundin Fiffi hier?“ Dabei schob sie sich durch die Tür an dem Diener vorbei, der,

von dem feinen Geruch der Venus angezogen, jetzt etwas deutlicher die Urteilslosigkeit des Doktors zu begreifen begann.

Frau v. Schöntal stand im Wohnzimmer vor ihrem verstörten Verlobten. „Edgar, was bedeutet das? Du hast nicht einmal einen Gruß für mich?“

Der Doktor kniff die Lippen fest zusammen, und seine sonst fast kindlich gültigen Züge gewannen einen Ausdruck starrer Entschlossenheit.

„Edgar“, schmeichelte die junge Frau, „so sprich doch wenigstens ein Wort! Hat mich jemand bei Dir verleumdet? War Fiffi hier? Oder Sylfi? Sprich doch, sprich doch!“ klopfte ungeduldig ihr zierlicher Schuh. Aber Edgar preßte nur noch angstlicher die Lippen zusammen. Die Stimme der jungen Frau wurde beschwörend. „Edgar, ich weiß, daß viele schlecht von mir reden. Aber glaube ihnen nicht! Denke auch mal an die andere Seite! Ich bin jung und schön. Ist es da meine Schuld, daß Willinger in mich vernarrt ist und mit Gewalt meine Hüfte meißeln wollte? Ist es meine Schuld, daß Doktor Hartmann so eifersüchtig auf ihn war, daß er sich im Sommer in den Ferien bei mir einkuartierte? Ich habe oft Sommergäste gehabt, Edgar! Aber glaube ihnen nicht, es ist doch alles nicht wahr. Ist Tanzen denn etwas Unrechtes? Was siehst Du mich so entsetzt dabei an? Ja, jetzt weiß ich es genau. Sie haben Dir beigebracht, daß wir nächtliche Wanderungen gemacht haben. Ist denn etwas dabei? Glaub' ihnen doch nicht, Edgar, es ist ja alles gar nicht wahr gewesen. Sprich doch nur ein einziges Wort, Edgar! Glaub den schlechten Menschen nicht! Jeder weiß immer mehr von einem als man selbst.“

Jetzt kniff der Doktor die Lippen nach einer anderen Richtung zusammen... und auch aus einem anderen Grunde. Leise pffte Jakob durch die gefundenen Zähne. Empört sah Antonie sich nach ihm um. Dann wandte sie sich in neuer Erregung dem Doktor zu und schleuderte ihm weinend ins Gesicht: „Und überhaupt, wenn Du mich so behandeln willst, dann suche Dir eine Dummere aus... ich bin an anderes Mobiliar gewöhnt, als an Skelette und Gerippe und habe überhaupt an jedem Finger zehn Verehrer. Solch überlebte Ansichten wie Deine brüten die Pflastersteine ja nicht mehr aus! Ein Glück, daß ich das noch rechtzeitig erkenne! Morgen verlasse ich mich mit Willinger... der hat sowieso schon lange auf solchen Ausfall Deinerseits gewartet!“ Damit rauschte die schöne Braut zur Tür hinaus.

Jetzt pffte der Doktor leise durch das frische Loch in seinem Oberkiefer. „Ein Unglück kommt nie allein“, bemerkte er.

Jakob brachte ihm ein Gläschen Kirchwasser. „Und sonst sagt Herr Doktor immer: Bei jedem Unglück ist ein Glück dabei!“

Gächfisches.

Entwurf eines Altersgrenzengesetzes.

Dresden. Das Gesamtministerium hat dem Landtag den Entwurf eines Altersgrenzengesetzes vorgelegt. In § 1 heißt es: Ein Staatsdiener, der das 65. Jahr vollendet hat, ist auf seinen Antrag mit Anspruch auf Ruhegehalt in den Ruhestand zu versetzen. § 2 befaßt: Hat ein Staatsdiener das 65. Lebensjahr vollendet, so kann die Anstellungsbehörde mit Zustimmung des Gesamtministeriums ohne Erörterung der Dienstfähigkeit seine Versetzung in den Ruhestand mit Anspruch auf Ruhegehalt verfügen. Die Verfügung wird frühestens drei Monate nach dem Tage wirksam, an dem sie dem Staatsdiener eröffnet worden ist. Weiter heißt es in § 3: Mit dem Schlusse des Monats, in dem ein Staatsdiener das 65. Lebensjahr vollendet, tritt er kraft dieses Gesetzes mit Anspruch auf Ruhegehalt in den Ruhestand. § 4 befaßt: Die §§ 1—3 gelten auch für die Beamten der Universitäten, für die Lehrer, deren Anspruch auf Ruhegehalt landesgesetzlich geregelt ist, und, soweit nicht die §§ 5 und 6 etwas anderes bestimmen, für die berufsmäßigen Beamten der Gemeinden, Bezirksverbände und Zweckverbände. In § 5 heißt es: Die §§ 1—3 gelten nicht für die Minister. Die §§ 2 und 3 gelten nicht für die Richter bei den ordentlichen Gerichten, die Vorsitzenden der Arbeitsgerichte, die Mitglieder des Obergerichts und die Mitglieder des Staatsrechnungshofes. Diese treten mit Ablauf von drei Monaten nach dem Ende des Monats, in dem sie das 67. Lebensjahr vollenden, kraft dieses Gesetzes mit Anspruch auf Ruhegehalt in den Ruhestand. Für die Professoren an den wissenschaftlichen Hochschulen verbleibt es bei dem Gesetz über die Emeritierung der Professoren vom 19. Juli 1927.

Die Regierung begründet ausführlich diesen Gesetzentwurf, von dem sie sich wesentliche Ersparnisse verspricht, deren Höhe sich aber zur Zeit nicht genau feststellen lassen. Wohl habe die Regierung darüber Berechnungen angestellt, diese entbehren naturgemäß noch einer festen Grundlage. Gleichwohl glaubt die Regierung, nach Eintritt des Beherrschungszustandes, d. i. drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes, auf eine jährliche Ausgabenverminderung bei der Staatskasse von mindestens 2 Millionen Mark rechnen zu können. Daneben werde natürlich auch die Ruhegehaltslast der Gemeinden und der sonstigen beteiligten öffentlichen Körperschaften wesentlich vermindert werden.

Gesetzentwurf über Zuschläge zu den Gebühren der Gerichte und der Verwaltungsbehörden.

Dresden. Die Regierung hat dem Landtag soeben einen Gesetzentwurf über die Erhebung eines Zuschlages zu den Gebühren der Gerichte und Verwaltungsbehörden vorgelegt. Die finanzielle Notlage des Staates — so begründet die Regierung den Entwurf — mache es nötig, zu den Gebühren, die nach landesgesetzlicher Vorschrift zu entrichten sind, für das kommende Haushaltsjahr einen Zuschlag zu erheben. Wegen der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme wird auf die allgemeinen Erläuterungen zum Staatshaushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1930 verwiesen. Ein solcher Zuschlag zu den Gerichtsgebühren ist schon früher einmal angeordnet worden, er wurde aber später wieder beseitigt. Die jetzt vorgeschlagene mäßige Erhöhung von 15 Proz. erscheint der Regierung trotz der ungünstigen Wirtschaftslage tragbar; die Erhöhung werde nach vorsichtiger Schätzung

eine Mehreinnahme von rund 600 000 Mark bei den Gerichtsgebühren und 250 000 Mark bei den Verwaltungsgebühren erbringen.

Glänzender Verlauf der Probefahrt des umgebauten Sapagadampfers „Albert Ballin“.

Hamburg. Der Sapagadampfer „Albert Ballin“, der, wie sein Schwesterdampfer „Hamburg“, in den vergangenen Monaten mit neuen Turbinen, Kesseln, Schrauben und Wellen ausgestattet und in seiner Inneneinrichtung bedeutend verbessert worden ist, hat am 11. März die Werft von Blohm & Voß zu seiner Probefahrt verlassen. Die Fahrt, die am Mittwoch zu Ende ging, war in jeder Hinsicht ein voller Erfolg. Die 28 000 Effektiv-PS laufende Maschinenanlage arbeitet vorzüglich. Das Schiff hat die mit der Werft vereinbarte Geschwindigkeit voll erreicht und fuhr ohne Vibration. Der Dampfer „Albert Ballin“ wird seine erste Ausreise im neuen Schnelldienst Hamburg—Neuyork der Sapag am 31. März antreten.

Furchtbare Katastrophe im Eisenbahntunnel.

Drei Frauen getötet.

Auf furchtbare Weise erlitten an der spanisch-französischen Grenze drei Spanierinnen den Tod. Die drei Frauen hatten in Cervere in der Nähe von Perpignan Einkäufe gemacht und wollten nach Port Bou zurückkehren. Um den kürzesten Weg einzuschlagen, gingen sie durch einen Eisenbahntunnel. In ihrer Begleitung befand sich der zehnjährige Sohn einer der Frauen. Als sie in einer Biegung des Tunnels angekommen waren, sahen sie plötzlich aus entgegengekehrter Richtung einen Zug heranbrausen. Sie wollten sich auf dem Nebengleis in Sicherheit bringen, hatten aber nicht mehr Zeit, auf die andere Seite des Tunnels zu gelangen, und wurden zermalmt. Der Zug quetschte die drei Frauen zwischen Tunnelwand und Eisenbahnwagen ein und richtete sie grauenhaft zu. Der Knabe blieb wie durch ein Wunder unverfehrt.

Stuli — da kommen sie.

Von März bis Oktober weilt der „Schnebelvogel“ bei uns. Der „Schnebelvogel“ — das ist die Schnepfe in allen ihren Arten und Abarten. Was die Waldschnepfe betrifft, so wird sie auf dem Zug, dem berühmten „Schnepfenzug“, geschossen. Mit dem Eintritt warmer Frühjahrswitterung erscheinen die Waldschnepfen zuerst spärlich, dann häufiger, bis der Durchzug gewöhnlich im ersten Drittel des Aprils, wenn die Frösche zu quaken beginnen, beendet ist. Nun kennt ja wohl jeder den bekannten Jägerspruch für die Schnepfenzugzeit:

„Reminiscere — Gewehr in die Höh,
Stuli — da kommen sie,
Lutare — das ist das Wahre,
Zubita — ist sie auch noch da,
Valmarum — Tralarum!“

Bei „Reminiscere“ sind wir jetzt gerade angelangt und „Stuli“ ist in naher Sicht — also müssen sie kommen, die Schnepfen. Nun ist aber, wie man sich das leicht ausrechnen kann, der Spruch nicht immer zutreffend, weil ja Störner sehr verschieden fällt. Fällt das Osterfest beispielsweise in den März, so werden sich die Schnepfen schon hüten, schon zu „Stuli“ laut zu schreien. Für dieses Jahr allerdings dürfte es zutreffen, denn wir haben diesmal späte Störner, so daß die Schnepfen rechtzeitig und genau nach dem Jägerspruch

zur Stelle sein dürften. Schnepfen sind eine gute, wohlschmeckende Sache, aber trotzdem nicht jedermanns Sache. Mancher mag sie nicht, und manch anderer, der sie gern möcht, kriegt sie nicht, weil er sie nicht bezahlen kann. Im übrigen behaupten die Jäger und die andern Kenner, daß die Herbstschnepfe fleischiger und zarter sei und besser schmecke als die magere Frühjahrschnepfe, der man jedoch einen besonderen pikanten Geschmack nachrühmt. Aber so oder so — sie kommen denn „Stuli“ kommt auch!

Schachette

bearbeitet vom Schachverein Bad Schandau

Problem 209.

Von H. v. D. Bernard (Int. Zweizigert. des „Grantha Journal“ 1929. 1. Preis)

K14. Da6, Sa5, Ba7, b3, b7, c2, e3, f6



Ka8. Db2. Td4. Lh4, h5. Sc5, d7. Bd5, e4

Weiß zieht an und setzt mit dem 2. Zuge matt. Anfragen und Lösungen an die Schriftleitung erbeten.

Lösungsbefragung: Probl. 207 von B. Sommer.

1. Se7 2. a8D(L), D14, D13, Ka5; Kc3; Sf5 matt.

Richtig gelöst von R. Hajek.

Das Turnier gegen den Schachverein Heidenau endete mit einem Unentschieden (2 : 2). Es gewannen Vogel und M. Häje.

Sonntag den 23. März findet das Treffen Dresden-Bad Schandau der fälligen Pokalrunde statt und wird im Dresdner Schachheim ausgetragen.

Sonntag den 16. d. M. findet ein größeres Turnier zwischen den Vereinen Schönprinzen, Bodenbach und Rosawitz gegen Sebnitz und Bad Schandau statt. Es wird an 20 Brettern gekämpft und der Kampf im Schachheim Café Werner ausgetragen. Zu diesem sicher sehr interessanten und spannenden Kampfe haben auch Gäste Zutritt. Eintritt frei!

Spielgelegenheit jeden Mittwoch und Sonnabend im Café Werner am Markt

Die Anzeige ist und bleibt das beste Werbemittel!

die ausgebildet. Endlich hatte ich soviel Fertigkeit erlangt, daß mein Pflegevater beschloß, mich auszuwenden. Ich erhielt meine Anweisungen und zog, zehn Jahre alt, mit meinem Pflegevater los. Jener Tag war entscheidend für mein Leben. Ich war entschlossen, meine Arbeit so schledig zu machen, daß ich gleich beim ersten Male gefaßt werden mußte. Nachdem sie mit mir machen, was sie wollten. Schlimmer als bei meinem Pflegevater konnte ich es doch nicht haben. Und es kam so, wie ich es mir ausgedacht hatte. George machte eine Pause und trank einen Schluck Tee. Er sah, mit welcher großem Interesse ihm seine beiden Zuhörer folgten. Dann fuhr er fort:

„Ich wurde gefaßt. Der alte Herr, den ich bestehlen sollte, hielt mich fest, und ich wurde von dem Policemen zur Station gebracht, während mein Pflegevater sich schleunigst aus dem Staube machte. Der alte Herr, ein Reverend Namens Detland, begleitete mich zur Wache. Er war ein alter Herr und hatte freundliche Augen, die betrübt schienen. Auf der Wache vernahm man mich, und ich sagte die Wahrheit. Allerdings nannte ich meinen Pflegevater nicht. Ich sagte, daß ich zum ersten Male ausgefaßt sei und die Absicht gehabt habe, es so schlecht zu machen, daß man mich fasse, um der Hölle, die ich daheim hätte, zu entgehen. Die Beamten wollten mich nicht recht glauben. Aber als ich ihnen dann meine Runf vorführte, wie ich sie in Wirklichkeit beherrschte, da schenkte man mir doch Glauben. Der Reverend nahm mich mit und zog mich auf. Leider war es mir nur vergönnt, bis zu meinem zwölften Jahre bei ihm zu sein. Dann starb er. Es waren zwei Jahre gewesen, so schön, wie ich sie noch nie gehabt hatte. Wieder stand ich allein da. Ich habe mich dann vom zwölften Lebensjahre ab als Zeitungsboy durchgeschlagen, habe alle möglichen Arbeiten gemacht, bis ich meinem Pflegevater wieder in die Hände fiel. Ich werde diesen Tag nie vergessen. Mein Pflegevater und seine Komplizen schlugen mich halb tot und sperrten mich ein. Acht Wochen sah ich keinen Sonnenstrahl. Halb verrückt wurde ich. Aber ein verbissener Trotz erwachte in mir und ich hielt durch. Als sie glaubten, daß ich irre geworden sei, verlockten sie es im Guten. Ich mußte meine Übungen wieder aufnehmen und sollte abermals auf Raub ausgehen. Da gelang es mir, zu entfliehen. Ich verließ Neuyork, trieb mich zwei Jahre in den Staaten herum, hungerte mich durch, arbeitete hin und wieder, bis ich dann endlich in Neuyork bei der Polizei als Bote eingestellt wurde. Mit siebzehn Jahren war ich Detektiv und galt bald als der befähigste. Ich habe Tag und Nacht in meinem Beruf gearbeitet. Ich trieb mich überall herum, war um den König der Taschendiebe, ohne daß es es wußte, denn ich verkleidete mich, maskierte mich, wie es kaum ein zweiter verstand. Ich hatte den Verbrecher, nicht den Gelegenheitsverbrecher, den irgendeine Situation vom Wege abdrängt und etwas Schlechtes und Böses in ihm läßt. Nein, dem Berufsverbrecher galt und gibt mein Haß. Ich habe wenig Freude in meinem Leben gehabt, und das hat mich härter gemacht, als ich selbst gern bin. So, nun wissen Sie, wie ich Detektiv wurde.“

Die beiden Zuhörer schwiegen und sahen stumm vor sich hin.

(Fortsetzung folgt)

Der Herr von Chicago

KRIMINAL ROMAN

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTERHAN WERDAU (30. Fortsetzung) (Nachdruck verboten.)

Der Trainingskampf war zu Ende.

Braslys Manager, Mr. Scholz, knüpfte die Handschuhe los. Der Masseur trat in Tätigkeit. Dann zog Brasly einen Sweater an und trat mit plump-liebenswürdiger Miene zu Mrs. Heliane und George.

Heliane stellte vor: „Mr. Robert George... Mr. Brasly, der die Weltmeisterschaft im Halbschwergewicht zurückholen will.“

Die Männer reichten sich die Hände.

„Mr. George!“ sagte Brasly liebenswürdig. „Wer kennt Mr. George nicht, der den erfolgreichen Kampf gegen Chicagos Verbrechertum führt! Im übrigen: auch als Boxer alle Hochachtung! Schade, daß Sie fern des Berufssports stehen. Sie hätten sicher eine gute Zukunft. Wie Sie damals Coolwin zusammengeschlagen haben, alle Hochachtung!“

„Es war nicht so schlimm“, entgegnete George. „Sie überlagerten meine boxsportlichen Fähigkeiten. Mr. Brasly Coolwin war nicht schwer zu schlagen. Er kam wie ein wilder Stier auf mich zu, und ich hatte meine Ruhe behalten. Das machte es aus.“

„Trotz alledem: Ein anderer hat mir noch ein wenig von Ihnen erzählt“, Mr. Böffel.“

„Böffel ist mein Trainingspartner. Er ist ein brillanter Boxer, aber er hat doch Scheu, richtig aus sich herauszugehen. Er hat mir selber gesagt, daß er meine Fassade, wie er sich ausdrückt, nicht lädieren will.“

Alle lachten.

„Wir werden Sie wahrscheinlich kaum einmal im Ring bewundern dürfen?“

„Das kommt nie in Frage. Ich bin kein schlechter Boxer. Ich kann das Boxen in meinem Beruf gut verwenden. Das genügt mir.“

Sie traten gemeinsam in das behagliche Wohnzimmer, das Heliane mit feinem Geschmack umgestaltet hatte, ein und nahmen am Teetisch Platz.

„Wer hat Sie eigentlich als Boxer entdeckt?“ fragte George um Laufe der Unterhaltung.

„Mr. Towler.“

„Ah!“ sagte George überrascht. „Das ist interessant. Ich wußte nicht, daß Mr. Towler ein so großer Freund des Boxsports ist.“

„Ich denke mir, er tat es nur, um seinem damaligen Konkurrenten, dem verstorbenen großen Boxmägen Mac Millans, die Spitze zu bieten.“

„Wohl möglich. Bei welcher Gelegenheit hat er Sie entdeckt?“

Brasly schien etwas verlegen.

Heliane griff ein und sagte lächelnd zu ihm: „O, Mr. Brasly, Sie können es getrost Mr. George erzählen. Es ist

doch keine Schande, daß Sie einige Jahre lang als Matrose auf einem Michigan-Dampfer tätig waren.“

Brasly nickte vor sich hin und sagte dann: „Wohl wahr. Einmal kommt man doch von unten. Besser so als umgekehrt.“

„Unbedingt richtig!“

„Ich war Matrose auf einem Dampfer und kam mit einigen Kameraden in Streit, der dann zu einem regelrechten Boxkampf ausartete, und ich legte im Verlauf von wenigen Minuten sechs Angreifer — alle allerdings ungekult — auf die Bretter. Das imponierte Mr. Towler, und er ließ mich ausbilden. Eine ganz einfache Geschichte.“

„Ja. Aber vergehen Sie eine Frage: Sie hatten früher Ihr Trainingsquartier bei Mr. Towler. Sind Sie mit ihm auseinandergekommen?“

„Im Gegenteil!“ fiel Heliane rasch ein. „Nein, er und Mr. Towler verstehen sich nach wie vor. Mr. Towler besucht ihn oft.“

„Mr. Towler kommt zu Ihnen, Heliane?“

„Ja, lieber George. Mindestens zweimal die Woche. Er verfolgt Mr. Braslys Trainingsfortschritte mit dem größten Interesse. Er hätte Mr. Brasly am liebsten in seinem Palais, aber er baut doch um.“

„Das erklärt alles.“

Sie unterhielten sich lange und angeregt.

George wurde sogar gelächelt. Aber er fühlte sich heute, da Brasly mit ihnen am Tisch saß, nicht so behaglich. Das seltsame Gefühl, das hin und wieder in ihm auftrat, als Warner meistens, erwachte und zwang ihn, die beiden Menschen genau zu beachten.

Heliane gab sich wie immer. Nur eine Idee lebhafter war sie, sprunghafter in ihrem Wesen. Brasly dagegen war sehr ruhig, schien jedes Wort, das er sprach, abzuwägen.

Ab und zu sah er Heliane mit einem langen Blick seiner dunklen Augen wie fragend an.

Im übrigen verlief die Teestunde in interessanter Unterhaltung.

Plötzlich fragte Brasly: „Herr Präsident, es müßte auch interessant sein, zu erfahren, wie Sie Detektiv geworden sind.“

Georges Gesicht wurde sehr ernst.

„Das sollen Sie erfahren. Es ist zwar nicht allgemein bekannt, aber eine ganze Reihe von Menschen kennen doch mein Gesicht. Ich hatte einen Pflegevater. Meine Eltern habe ich nie gekannt, ja, ich weiß nicht einmal, wer sie waren. Mein Vater soll Percy George geheissen haben und Farmer in Virginia gewesen sein. Er verkaufte seine Farm und zog mit seiner Frau nach Neuyork. Dort soll er — ich kann das nicht nachprüfen — bald seine Frau verloren haben. Der Verlust nahm ihm alle sittlichen Hemmungen, und er verbrauchte sein Vermögen in einem Jahre, um mich dann bei Edu Bakker in Pflege zu geben. Wissen Sie, wer Edu Bakker war? Neuyorks berühmtester Taschendieb, der sich stolz König der Taschendiebe nannte. Er hatte mich auch zum Taschendieb ausgebildet. Ich habe keine Jugend gekannt, keine Kindheit, sondern Hunger und Schläge, nichts anderes. Meine Pflegemutter war herzlich gut, aber sie trank, und das sehr oft, und dann wurde sie zur Furie. Ich habe als Kind schon das Verbrechertum hassen gelernt, weil ich meinen Pflegevater, diesen Teufel, haßte bis aufs Blut. Sie sehen mich erstaunt an. Ja! Ich wurde zum Taschen-